November/Dezember 1989 · DM 5,— · ISSN 0175-9485

wir selbst

Zeitschrift für Politik und Kultur



Das Ende der SED-Diktatur

Neue Hoffnung:

»Deutschland, einig Vaterland«

Inhaltsübersicht

Selbstdarstellung

Die Zeitschrift WIR SELBST versteht sich als unabhängiges deutschlandpolitisches Magazin, das Autoren unterschiedlicher Ausrichtung zu Wort kommen läßt. Thematischer Mittelpunkt ist die gespaltene deutsche Nation. Neben grundsätzlichen politischen Beiträgen zur Lage Deutschlands im Spannungsfeld zwischen Ost und West stehen aktuelle Informationen und Nachrichten. Emanzipationsbewegungen, Menschenrechtsprobleme sowie die Entwicklung der Völker in der Dritten Welt zur kulturellen Autonomie finden in WIR SELBST regelmäßig Beachtung. Die deutsche Frage wird nicht isoliert nationalstaatlich, sondern im Zusammenhang mit weltweit zu beobachtenden ethnischen Unabhängigkeitsbestrebungen gesehen. Die Zeitschrift WIR SELBST tritt für konsequenten Umwelt- und Lebensschutz ein. Der Forumcharakter der Zeitschrift garantiert Offenheit und Kontroversen.

IMPRESSUM

WIR SELBST
Zeitschrift für Politik und Kultur

WIR SELBST erscheint im Verlag Siegfried Bublies, Postfach 168, 5400 Koblenz, Telefon 0261 / 32337.

Einzelheft DM 5,—. Abonnement für 6 Ausgaben DM 33,—, Schülerabonnement (mit Bescheinigung der Schule) DM 20,—.

Bankverbindung: Volksbank Mittelrhein e.G., Kto.-Nr. 14224386, BLZ 57090000; Postgiroamt Ludwigshafen, Kto.-Nr. 153981-679, BLZ 54510067. Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste 1/1987.

Redaktion: Siegfried Bublies (verantwortlich), Werner Olles, Gerhard Quast, Marcus Bauer, Roland Wehl.

Bisherige Autoren: Herbert Ammon, Peter Bahn, Günter Bartsch, Josef Beuys, Konrad Buchwald, Paulus Buscher, Wolf Deinert, Hellmut Diwald, Winfried Dolderer, Peter Dudek, Henning Eichberg, Siegmar Faust, Heinz Gruber, Sebastian Haffner, Eike Henning, Wolli Herber, Eckhard Holler, Jens Jessen, Günter Kießling, Arno Klönne, Detlev Kühn, Anton G. Leitner, Jochen Löser, Günter Maschke, Götz Meidinger, Wolf Oschlies, Lothar Penz, Günter Platzdasch, Sieghard Pohl, Lutz Rathenow, Rüdiger Rosenthal, Rainer Schmidt, Theodor Schweisfurth, Wolfgang Seiffert, Rhea Thoenges, Wolfgang Venohr, Gerd Vonderach u.v.a.

Titelbild: Sieghard Pohl: »Genosse, was hast du mit der roten Fahne gemacht?«, Eitempera mit Blattgold auf Holz, 64 x 50 cm (1978)

Editorial

Die gelungene Revolution der Deutschen in der DDR, die innerhalb weniger Wochen eine verbrecherische Clique aus ihren jahrzehntelang mit Terror erhaltenen Machtpositionen trieb, straft all jene Lügen, die das deutsche Volk für revolutionsuntauglich hielten und ihm eine geschichtliche Daseinsverfehlung attestierten. Oft konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Apologeten einer solch eschatologischen Geschichtsbetrachtung mit ihrem Gespött über die »verspätete Nation«, die es nie geschafft habe, einen demokratischen Nationalstaat von unten zu konstituieren, nur krampfhaft nach Argumentationshilfen für das auf die Kürzel BRD und DDR geschrumpfte Deutschland suchten. Nun sind es dieselben linken und liberalen Revolutionsromantiker, denen die Blässe ins Gesicht fährt, wenn sie vor den westdeutschen Bildschirmen sitzen und sehen und hören, wie der massenhafte Ruf der Deutschen in der DDR nach Einheit immer lauter wird. Und wir hören ihr Lamento, daß man doch nun um Gottes willen wieder zu stabilen Verhältnissen zurückkehren und die Forderungen nicht überziehen solle, und man könne sich doch auch ganz gut in zwei Staaten einrichten, und man möge doch bitte beachten, was unsere Nachbarn dazu sagen und, und, und ...



Derweilen skandieren die Menschen in der DDR »Wir sind ein Volk« und »Deutschland, einig Vaterland«. Sie lassen sich nicht mehr durch Abwiegler wie Kohl und Modrow beirren, die Maßstäbe für das, was vernünftig und sinnvoll ist, werden nicht mehr von den Herrschenden diktiert. Seit dem 9. November, als das Volk auf der Mauer feierte und einander wildfremde Menschen sich vor Glück in die Arme fielen, wächst das Selbstvertrauen der Deutschen. Ob da nun noch Vorbehaltsrechte der alliierten Siegermächte für Deutschland als Ganzes bestehen oder Politiker aller Couleur davon schwafeln, daß die Deutschen nur im europäischen Prozeß der Einigung aufeinander zugehen sollten, kümmert die Deutschen in der DDR, die nicht einmal vor dem Stasi-Apparat in die Knie gegangen



sind, herzlich wenig. Der Volkswille ist deutlich erkennbar und heißt staatliche Neuvereinigung.

In den Tagen und Wochen nach dem 9. November schied sich auch in Westdeutschland die Spreu vom Weizen. Vertreter aller Parteien waren gezwungen, deutschlandpolitisch Farbe zu bekennen. Mompers Rede vom »Volk der DDR« stand da in peinlicher Schäbigkeit neben Willy Brandts Wort, daß nun zusammenwachse, was zusammengehört. Trotz aller Unterschiede in politischen Grundsatzfragen ist es an der Zeit, daß die Nationalen und Rechten in der Bundesrepublik Willy Brandt Abbitte leisten für den jahrzehntelang unberechtigt erhobenen Vorwurf, sein Vaterland verraten zu haben. Brandt war während der zurückliegenden Wochen in seiner sichtbaren Ergriffenheit und seinem klaren Bekenntnis zur Neuvereinigung Deutschlands einer der glaubwürdigsten Repräsentanten unserer Nation. Diese Referenz gilt seiner Person und seinem Handeln in dem entscheidendsten Moment der deutschen Nachkriegsgeschichte, nicht aber seiner Partei, die noch vor wenigen Monaten in zynischer Kälte gegenüber den Menschen in der DDR die Forderung nach Festschreibung der Zweistaatlichkeit zur Parteidoktrin erhob und in einem gemeinsamen Grundsatzpapier Gemeinsamkeiten mit der SED suchte. Auch nach Verabschiedung des Berliner deutschnationalen Kehrtwende der SPD, wo die Genossinnen und Genossen, oft zähneknirschend, Abschied nehmen mußten von der abstrusen Gehirn-

wucherung, der »real existierende Sozialismus« in der DDR müsse durch die völkerrechtlich gültige Festschreibung seiner staatlichen Grenzen gefördert werden, gibt es in der SPD führende Köpfe — etwa Oskar Lafontaine —, die mit ihrer Hetze gegen Aus- und Übersiedler tiefe Einblicke in psychopathologische Abgründe ermöglichen. Das widerliche Spiel, Fremdenhaß und Sozialneid aus wahltaktischen Gründen auf jene Deutschen zu lenken, die mehr als wir im Westen zu den Verlierern des Weltkrieges gehörten und unsere nationale Solidarität verdient hätten, steht im seltsamem Kontrast zur Gefühlswelt der meisten Deutschen in der Bundesrepublik. Es gehört ja zu den schönsten Erfahrungen der Tage im November, daß die nationalen Emotionen lebendiger waren, als es jenen lieb ist, die nur an der Herrschaftsstabilisierung interessiert sind.

Kanzler Kohl, der Nutznießer der entfachten nationalen Begeisterung, sah noch vor wenigen Monaten die deutsche Frage nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik. Und auch jetzt, nachdem der Ruf nach Neuvereinigung in der DDR immer lauter wird, zeichnet er sich eher durch Abdämpfungstaktieren aus. Sein Zehn-Punkte-Plan einer konföderativen Lösung zwischen DDR und BRD läßt zwar formal den Weg zur staatlichen Vereinigung der Deutschen offen, wird jedoch durch ständige Treueschwüre zur westlichen Wertegemeinschaft und zum atlantischen Bündnis von Tag zu Tag unglaubwürdiger.

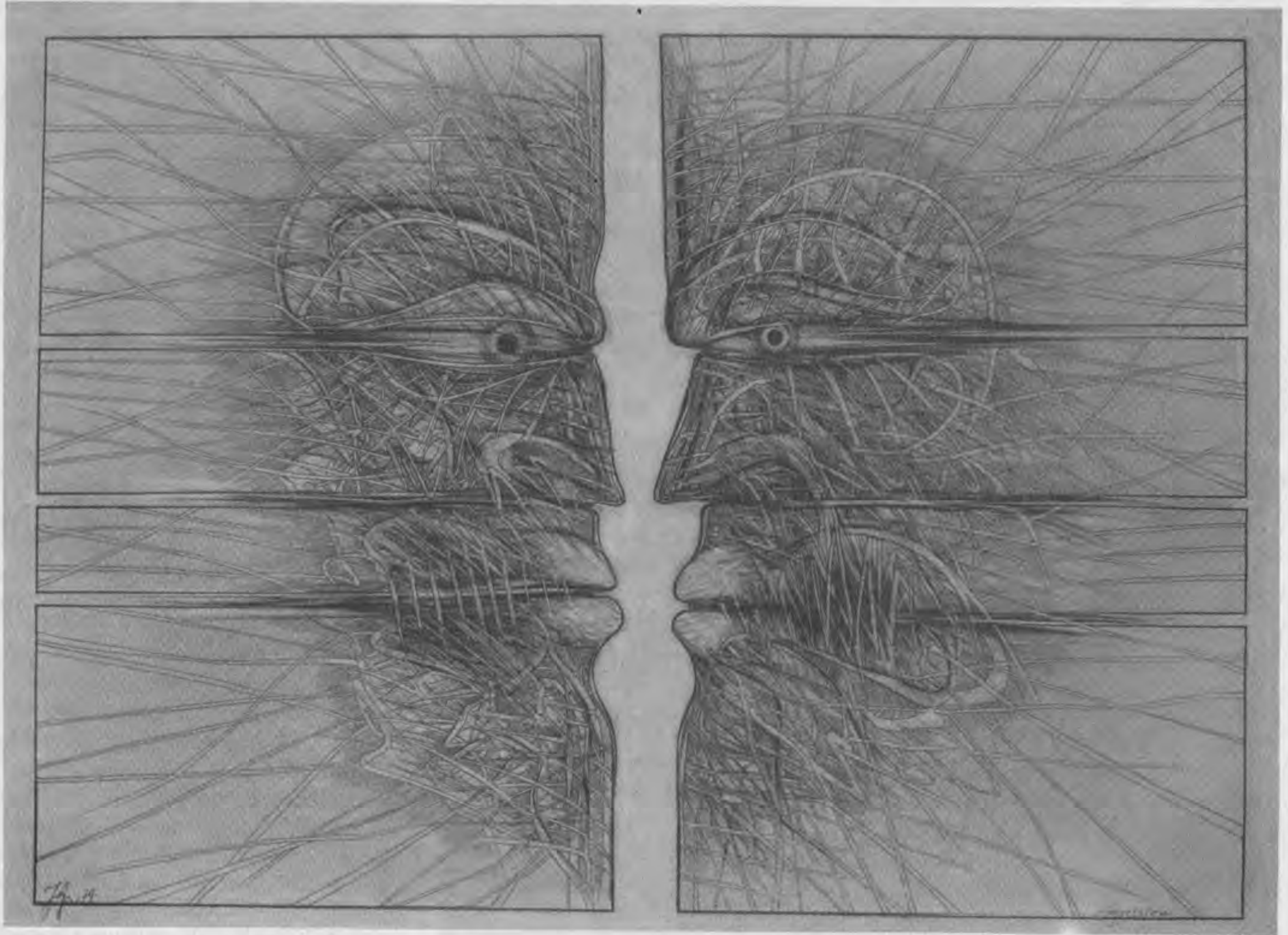
Drüben werden die Konkursverwalter des »Sozialismus« ihre Sessel sehr bald räumen müssen. Das marxistische Experiment ist auf deutschem Boden ebenso wie in ganz Mittel-, Ost- und Südosteuropa gescheitert, pervertiert von machtbesessenen und korrupten Apparatschiks. Sieghard Pohls Bild »Genosse, was hast du mit der roten Fahne gemacht?«, das unser Titelblatt ziert, zeigt die martialische Verkommenheit einer Vision von Sozialismus, wie sie von unseren Landsleuten in der DDR real erlebt und erlitten wurde. Es kann daher auch nicht verwundern, daß die meisten Menschen im anderen Teil Deutschlands diesem abgehalfterten Gesellschaftstypus den Rücken kehren und sich einer marktwirtschaftlichen Lösung zuwenden. Da in unserer Zeitschrift seit zehn Jahren das SED-System als kriminell und menschenverachtend gebrandmarkt wurde, nehmen wir uns jetzt auch das Recht, die Menschen in der DDR davor zu warnen, sich nun Hals über Kopf der westdeutschen Gesellschaftsordnung auszuliefern. Es wäre sinnwidrig, wenn sich die Kräfte, deren Aufstand in der DDR demokratisch-emanzipatorisch motiviert war, nun in einen rein materialistischen Sog der kapitalistischen Werteordnung ziehen ließen. Die Utopie einer solidarischeren Gesellschaft muß sich nicht mit dem verruchten Wort Sozialismus schmücken, um zur konkreten Grundlage eines staatlich neuvereinten Deutschlands zu werden.

Die Frage, unter welchen politischen Rahmenbedingungen die staatliche Einheit der Deutschen möglich werden könnte, ist immer noch davon abhängig, ob eine solche Entwicklung mit den Interessen der Sowjetunion im Einklang steht. Horst Groeppers Beitrag »Die Sowjetunion und die deutsche Einheit« analysiert die Interessenlage der östlichen Führungsmacht unter politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Einschätzung des ehemaligen Botschafters der Bundesrepublik in Moskau ist, obwohl vor den Ereignissen des deutschen Novembers abgefaßt, brandaktuell, weil sich die vereinigungsfeindlichen Prämissen der bundesdeutschen Politik — ewige Treue zur NATO, Unumkehrbarkeit der Einbindung in die westliche Wertegemeinschaft, Aufgehen der Bundesrepublik in eine »Europäische Union« — auch nicht ansatzweise geändert haben.



Am Ende dieses Jahres wollen wir mit einem Beitrag Sebastian Haffners eines großen, fast vergessenen Deutschen gedenken. Ernst Niekisch, der davon träumte und dafür lebte, daß aus dem nationalen Befreiungsstreben der Deutschen auch die Kraft zur sozialen Revolution erwachse, wäre 1989 hundert Jahre alt geworden. Sein patriotisch bestimmter Widerstand gegen die Hitler-Barbarei, den er mit acht Jahren Zuchthaus und dem Verlust seiner Gesundheit bezahlen mußte, gibt seinem Werk moralische Glaubwürdigkeit und weist auf eine deutsche Zukunft, in der das Nationale nicht mehr diskreditiert sein wird.

Sieghard Pohls Beitrag zum deutsch-deutschen Kulturabkommen ist durch das Geschehen nach dem 9. November zwar überholt, wird von uns dennoch publiziert, um zu dokumentieren, wie auch auf bundesdeutscher Seite regimekritischen ehemaligen DDR-Künstlern vor der Revolution Steine in den Weg gelegt wurden. Zu schnell wird vergessen, wie eifrig die Mächtigen — vor allem unsere Mediengewaltigen — hier wie drüben oft bemüht waren, Kritik am stalinistischen System zu unterdrücken. Pohls Beitrag erfüllt heute noch seinen Zweck als Erinnerungshilfe auch für bundesdeutsche Wendehälse.



Joe Zucker: »Aggression« (1948). Aquarell, 62 x 89 cm.

Horst Groepper

Die Sowjetunion und die deutsche Einheit

In seiner Tischrede am 24. Oktober 1988 anläßlich des Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Moskau erklärte der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow u.a.: *»Von der sogenannten deutschen Frage habe ich (...) mehr als einmal gesprochen. Die Situation ist ein Ergebnis der Geschichte. Versuche, das von ihr Geschaffene umzukrempeln oder durch unrealistische Politik anzupeitschen, sind eine unberechenbare und sogar gefährliche Beschäftigung.«* Und die FAZ vom 26.10.1988 meinte dazu: *»Das* [nämlich Gorbatschows Hinweis auf das Ergebnis der Geschichte] *läßt der Hoffnung auf eine friedliche (...) Revision in späterer Zeit zwar Raum, macht aber deutlich, welches Interesse die Sowjetunion gegenwärtig an dem Thema hat: Keines.«* Ist dieser Schluß gerechtfertigt? Diese Frage möchte ich heute untersuchen.

Die Einstellung der Sowjetunion zur deutschen Einheit war von Beginn der Nachkriegsjahre bis auf den heutigen Tag von ihrer Antwort auf die Frage bestimmt: Welche Gestaltung Deutschlands ist vom sowjetischen Interessenstandpunkt aus die vorteilhaftere: ein geteiltes Deutschland, dessen einer Teil zu ihrem, der andere zum Einflußbereich des Westens gehört, oder aber ein zu keiner der beiden Gruppierungen gehörendes Gesamtdeutschland? Dabei hatten die sowjetischen Überlegungen, jedenfalls in früheren Jahren, die Möglichkeit einbezogen, daß dieses Gesamtdeutschland äußerstenfalls auch die deutschen Ostgebiete oder einen Teil von ihnen einschloß. Alle weiteren Alternativen, die ins Spiel gekommen waren — Möglichkeit der Zugehörigkeit zum westlichen Bündnis für das wiedervereinigte Deutschland oder die sog. *»Österreich-Lösung«* nur für die DDR — waren nach sowjetischer Auffassung von Anfang an irreal; ihnen stand die strikte Ablehnung der Sowjetunion entgegen.

Daß für die Sowjetunion, wenn überhaupt, nur die Zustimmung zur Wiedervereinigung eines alsdann bündnisfreien Gesamtdeutschlands in Betracht kommen kann, folgt zwingend aus ihrer Interessenlage. Diese schließt jede Regelung aus, bei der das wiedervereinigte Deutschland die Möglichkeit hätte, dem westlichen Bündnis, der NATO, beizutreten bzw. die bisherige Mitgliedschaft der Bundesrepublik in diesem Bündnis auf sich auszudehnen. Die Sowjetunion hat, solange die NATO besteht, stets nachdrücklich darauf hingewiesen, daß sie dieses westliche Verteidigungsbündnis als ein in Wahrheit gegen sie gerichtetes Angriffsbündnis ansehe. Dementsprechend hat sie — wie unbe-

stritten ist — in den Jahren 1952—55 schon ein dringendes Bedürfnis empfunden, den Beitritt der Bundesrepublik zu diesem Bündnis nicht zustandekommen zu lassen. Unter diesen Umständen ist es schlechterdings unvorstellbar, daß sie sich jemals dazu bereitfinden könnte, der deutschen Wiedervereinigung zuzustimmen, wenn dann das ganze Deutschland dem Bündnis angehören dürfte, sie mithin jenen ihr ungenehmen Zusammenschluß durch Freigabe des von ihr beherrschten Teils Deutschlands noch zusätzlich stärken würde. Die Richtigkeit dieser Feststellung hat am 2. Februar 1984 der damalige Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Windelen bestätigt, indem er im Gegensatz zu früheren Bekundungen einer unionsgeführten Bundesregierung erklärte: *»Die Bürger unseres Landes wissen sehr wohl, was die Entscheidung* [für das westliche Bündnis] *für die Nation bedeutet und schon immer bedeutet hat, nämlich die Teilung Deutschlands entlang der Linie des sowjetischen und des westlichen Einflußbereichs.«*

Aus dem Gesagten folgt zugleich, daß die Sowjetunion erst recht niemals die von ihr kontrollierten Teile Deutschlands freigeben würde, wenn etwa die Bundesrepublik einmal eine übernationale, mit eigenen Souveränitätsrechten ausgestattete westeuropäische Union, den von der Bundesregierung angestrebten westeuropäischen Bundesstaat, eingegliedert sein sollte. Denn dann wäre ja ihre Zugehörigkeit zum Westen noch stärker als bisher schon zementiert.

Die hier gekennzeichnete sowjetische Interessenlage läßt es sodann aber auch als ausgeschlossen erscheinen, daß die Sowjetunion auch nur einer *»Österreich-Lösung«* für die DDR, also deren Neutralisierung, zustimmen könnte, solange die Bundesrepublik dem westlichen Bündnis angehört. Angesichts ebendieser Konstellation hatte sie ja bereits im Jahre 1958 einem entsprechenden Vorschlag Adenauers ihr Placet verweigert. Das konnte bei nüchterner Betrachtung jenes Vorschlages schon damals nicht überraschen. Ein neutraler Status nur für Mitteldeutschland, der diesem erlaubte, über seine Angelegenheiten in analoger Weise wie Österreich über die seinen zu bestimmen, würde für die Sowjetunion die Freigabe der DDR aus ihrem Machtbereich mit allen sich daraus in politischer, militärischer, wirtschaftlicher und nichtideologischer Hinsicht ergebenden Folgen bedeuten. Diesem Positionsverlust der Sowjetunion stünde auf der westlichen Seite keinerlei Einbuße als Ausgleich gegenüber. Denn hier würde sich ja an der Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum Westen nichts ändern, diesem aber darüber hinaus hinfort auch noch Mitteldeutschland gesinnungsmäßig zuzurechnen sein.

Zusammenfassend ist hiernach festzustellen: Für die Sowjetunion konnte und kann eine Zustimmung zur Wiederherstellung der deutschen Einheit nur in Betracht kommen, wenn das wiedervereinigte Deutschland keinem der beiden Bündnissysteme angehört, d.h. wenn es neutral ist.



Adenauer und sein »Enkel«: *Wiedervereinigungsangebote der Sowjets bisher erfolgreich verhindert*

Tatsächlich hatte nun auch die Sowjetunion, jedenfalls verbal, in den Jahren 1952—55 verschiedentlich ihre Bereitschaft geäußert, der Wiedervereinigung eines bündnisfreien Gesamtdeutschland zuzustimmen. Es geschah dies in ihren an die drei Westmächte gerichteten, bis heute umstrittenen Noten vom 10. März und 9. April 1952, danach in Erklärungen und Verlautbarungen vom 15. Januar und 8. Februar 1955 und schließlich — noch nach Inkrafttreten der Pariser Verträge — durch ein uns über Österreich übermitteltes inoffizielles Angebot vom Juni 1955. In dem letztgenannten, ihrem weitestgehenden Angebot erklärte die Sowjetregierung neben ihrem Einverständnis mit eigenen deutschen Streitkräften und einer Beteiligung auch der Vereinigten Staaten an einem kollektiven Sicherheitssystem ausdrücklich auch ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über Rückgabe von Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie. Sie leitete damit ein, was nach der März-Note von 1952 schon der amerikanische Journalist Walter Lippmann in der New York Herald Tribune vorausgesagt hatte, nämlich ihre Entschlossenheit, im Spiel um Deutschland nach den anderen Trümpfen wenn nötig auch das in ihrer Hand befindliche Trumpf-As auszuspielen: die Bereitschaft zur Rückgabe einiger oder selbst aller deutschen Ostgebiete.

Die Regierung Adenauer hat die damaligen sowjetischen Vorschläge nicht als ausreichende Grundlage für Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung angesehen. Sie bezweifelte ihre Ernsthaftigkeit und sah in ihnen nur ein Störmanöver der Sowjetregierung gegen den Beitritt bzw. die Zugehörigkeit der Bundesregierung zum westlichen Bündnis.

Beide Fakten — die damaligen Angebote Moskaus und die ablehnende Haltung Bonns — sind heute Geschichte. Das besagt jedoch nicht, daß wir Westdeutschen uns deshalb nicht auch in Zukunft vielleicht einmal wieder vor eine gleiche oder ähnliche Situation gestellt sehen könnten. Wesentlich ist und bleibt, daß ungeachtet aller späteren Entwicklungen und der in ihrer Folge eingetretenen zusätzlichen Erschwernisse diejenigen Faktoren, die der ungenützten, jedenfalls nicht erprobten Chance jener Jahre zugrundelagen, auch heute noch gegeben sind: die Lage Deutschlands in der Mitte Europas, der in seinem Kern unverändert fortbestehende Antagonismus zwischen Ost und West sowie das Sicherheitsbedürfnis beider Supermächte, die sich heute wie damals in Deutschland — und nur hier — unmittelbar gegenüberstehen und denen in der Deutschlandfrage das letzte und entscheidende Wort zufällt.

In diesem Zusammenhang sei auf einige Wesenszüge der sowjetischen Außenpolitik hingewiesen, denen für die Haltung der Sowjetunion zur Deutschlandfrage — und damit zugleich für unsere eigene Deutschlandpolitik — grundsätzliche Bedeutung zukommt:

1. Entscheidend für alles politische Handeln der Sowjetunion und demgemäß für jeden Schritt in der Deutschlandfrage ist und bleibt das sowjetische Eigeninteresse. Hier macht die Sowjetunion keine Ausnahme von dem Verhalten aller anderen an unse-

rem Geschick interessierten Staaten — uns selbst freilich ausgenommen, die wir die Verfolgung spezifisch deutscher Interessen gern als *»nationalen Egoismus«* anprangern, dafür dann aber auch bei den anderen eine entsprechende Selbstlosigkeit voraussetzen. *»Daß man in der Politik aus Gefälligkeit oder aus allgemeinem Rechtsgefühl handelt, das dürfen andere von uns, wir aber nicht von ihnen erwarten«*, schrieb schon der preußische Bundestagsabgeordnete Otto von Bismarck am 2. Mai 1857 an den vertrauten Berater des Königs, den General Leopold von Gerlach. In der Tat: Konnte man der Sowjetunion ernstlich einen Vorwurf machen und aus ihm ein wesentliches, wenn nicht entscheidendes Argument für die eigene ablehnende Haltung herleiten, als man feststellte, sie, die Sowjetunion, habe mit ihren Angeboten der Jahre 1952—55 nur den Beitritt der Bundesrepublik zum westlichen Bündnis verhindern wollen? Natürlich wollte sie das! Sein erhofftes Nichtzustandekommen war der von ihrem Interessenstandpunkt durchaus verständliche Beweggrund, der sie zu ihren Angeboten veranlaßte, der Preis, den sie forderte, wenn sie dafür in die Wiedervereinigung Deutschlands und damit in die Freigabe ihrer Besatzungszone und gegebenenfalls einiger oder selbst aller deutschen Ostgebiete einwilligen würde.

2. Oberster Leitgedanke der sowjetischen Außenpolitik und somit Kernpunkt ihres Interesses ist die Wahrung der Sicherheit. Nur soweit diese nicht gefährdet erscheint, tritt — trat jedenfalls bisher — daneben als zweites grundlegendes Motiv das expansionistisch-ideologische Moment auf den Plan, das Bestreben, den eigenen Besitzstand an Macht und Einfluß zu halten und ihn — und mit ihm den von Moskau gelenkten Kommunismus — auszuweiten, wo immer sich die Gelegenheit dazu bietet. Dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis und seiner unbedingten Priorität kommt hiernach auf dem internationalen Feld eine hohe Bedeutung zu. Es hält die Sowjetunion von gewagten Aktionen, von Aktionen, mit denen ein ernsthaftes Risiko für die eigene Sicherheit verbunden ist, zurück. Es ist darüber hinaus aber auch ein Faktor, der sie zu Opfern veranlassen kann, falls ihr zu seiner Befriedigung kein anderes, gleich wirksames Mittel zur Verfügung steht.

3. Das führt zu der weiteren Feststellung: Die Sowjetunion ist, wenn übergeordnete Interessen — und hier eben vor alle diem Sorge um ihre Sicherheit — ihr dies geboten erscheinen lassen, auch zu substantiellen, echten Zugeständnissen bereit. Vieles, was sowjetischerseits als Zugeständnis hingestellt wird, kann freilich in wahrheit auf diese Wertung keinen Anspruch erheben. Es war von jeher eine beliebte — und gerade der Bundesrepublik gegenüber erfolgreiche — Taktik der Sowjetunion, den Eindruck eines Zugeständnisses dadurch zu erwecken, daß sie eine durch nichts begründete Forderung nachträglich ermäßigte oder auch ganz fallen ließ. Anders als bei solchen Scheinkonzessionen würde es sich jedoch bei der sowjetischen Einwilligung in die Wiedervereinigung Deutschlands um ein echtes politisches Zugeständnis handeln; denn hier müßte die Sowjetunion wirklich etwas aus ihrem derzeitigen faktischen Besitzstand aufgeben. Gerade dieser Gesichtspunkt hat nun aber bei uns in den Jahren 1952—55 die damalige Bundesregierung und die sie tragenden Parteien zu der Überlegung veranlaßt, daß eine derartige Bereitschaft bei den Sowjets auszuschließen sei und daß deshalb ihre Angebote gar nicht ernst gemeint sein könnten oder jedenfalls sonst einen Pferdefuß haben müßten. Sie wurden demgemäß als bloßes Störmanöver oder aber auch als gefährlicher Köder gewertet, hinter dem man die schwärzesten Absichten gegenüber der Bundesrepublik mutmaßte. Die Erwägung, daß auch in der Sowjetunion die Bäume nicht in den Himmel wachsen, daß auch sie, wie jedes andere Land, in die Lage kommen oder sich jedenfalls subjektiv in einer solchen wähnen kann, die es ihr geraten er-



Mauerbau 1961: *Aufgabe des faktischen Besitzstandes durch Sowjets möglich?*

scheinen läßt, unbeschadet ihrer langfristigen Zielsetzung Abstriche von der zeitweiligen Planung zu machen und deshalb, wenn nötig, sogar als wesentlich angesehene Positionen aufzugeben — diese Erwägung kam den Betreffenden nicht in den Sinn. So bezeichnete Bundeskanzler Adenauer im Gespräch mit dem damaligen Bundesminister Krone im Juni 1955 das über die österreichische Regierung an die Adresse Bonns gerichtete letzte und weitestgehende sowjetische Angebot, das die sowjetische Bereitschaft zur Rückgabe von Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie signalisierte, als gefährlichen Vorschlag, mit dem sich Moskau den Weg nach Westdeutschland und Westeuropa bahnen wolle. Wie ein solches Vorhaben bei einem unter der Garantie der vier Mächte stehenden Gesamtdeutschland hätte verwirklicht werden können, blieb unerörtert.

Die hier skizzierten Grundzüge der sowjetischen Außenpolitik berechtigen uns zu der Hoffnung, daß auch die Sowjetunion eines Tages ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands geben wird. Nämlich dann — das ist die notwendige Voraussetzung —, wenn ihr dies unter dem Gesichtspunkt ihres Sicherheitsbedürfnisses geboten oder im Vergleich zur derzeitigen Lage in Mitteleuropa zumindest förderlich erscheint.

In diesem Zusammenhang erscheint folgendes bedeutsam: Im Verlauf der letzten 10 bis 15 Jahre hat sich eine Reihe von Geschehnissen zugetragen, die die Weltlage in mehr als einer Hinsicht zum Nachteil Moskaus verändert haben und auf ihre Beurteilung durch die Führung der Sowjetunion allem Anschein nach nicht ohne Einfluß geblieben sind. Genannt seien hier nur die amerikanisch-chinesische Annäherung, der japanisch-chinesische Friedens- und Freundschaftsvertrag, die Gefahr des Übergreifens eines antikommunistischen, politischen Islams auf die mohammedanischen Gebietsteile der Sowjetunion, die sowjetische Intervention in Afghanistan, ihr weltweites Echo und ihr schließliches Scheitern sowie ferner auch die nur an der Oberfläche mit den Methoden des Polizeistaats beruhigte Lage im polnischen Machtbereich. Und schließlich war es — muß ich heute sagen — der 1979 gefaßte, ab 1983 durchgeführte, inzwischen aber wieder rückgängig gemachte Nachrüstungsbeschluß der NATO. Durch ihn





US-Mittelstreckenraketen: *von deutschem Boden auf sowjetisches Territorium zielend.*
SS-20 der Sowjetarmee: *der Einkreisung durch politische Zugeständnisse gegenüber den Deutschen entkommen?*

sah sich die Sowjetunion in die Lage versetzt, wichtige Teile ihres europäischen Territoriums in der Reichweite von Raketen zu wissen, die, auf deutschem Boden stationiert, der ausschließlichen, durch keinerlei Veto-Recht beschränkten Verfügungsgewalt der Vereinigten Staaten unterlagen; von Rakten mithin, die das eigene Territorium der Vereinigten Staaten nicht involvierten und denen daher in sowjetischer Sicht die »Sicherung« fehlte, mit der »landeseigene« Raketen durch die — ihren Einsatz praktisch ausschließende — Überlegung versehen sind, daß das Land, das sie einsetzte, mit der Zerstörung seines eigenen Territoriums rechnen müßte.

Diese Geschehnisse haben, und zwar schon bevor der Nachrüstungsbeschluß insoweit eine Rolle spielte, in ihrer Gesamtheit dazu geführt, daß sich in der sowjetischen Führung in zunehmendem Maße die Vorstellung einer gegen die Sowjetunion gerichteten Einkreisung Eingang verschafft hat und dort zu einem Faktor von grundlegender politischer Bedeutung



***Reagan und Gorbatschow in Reykjavík:** keine Liebeserklärung der USA an die Sowjets.*

geworden ist. Ein früherer Missionschef in Moskau, der die Entwicklung dort bis in das Jahr 1980 hinein beobachten konnte, kam hier schon damals zu folgenden Feststellungen:

1. Die derzeitige Lagebeurteilung und Politik der sowjetischen Führung, so erklärte er, werde mehr als durch jede andere Perspektive von dem Alptraum bestimmt, einer weltweit betriebenen machtpolitischen Einkreisung und Isolierung durch eine antisowjetische Koalition, bestehend namentlich aus den Vereinigten Staaten, China, dem Nahen Osten und Europa gegenüberzustehen.

2. Möge diese Einkreisung tatsächlicher oder nur angenommener Natur sein, sie rufe jedenfalls in russischen und sowjetischen Augen die Erinnerung an eine Reihe historisch belegter Krisen wach.

3. Um dem Einkreisungssyndrom entgegenzuwirken, bemühe sich Moskau nachhaltig darum, besondere Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern herzustellen; dabei sei Deutschland und sei die Bundesrepublik Deutschland nach sowjetischer Auffassung stets in einer besonderen Lage. Es werde deshalb auf sowjetischer Seite immer wieder auch Überlegungen geben, sowjetische Sicherheitsinteressen mit den Interessen des deutschen Volkes zu verbinden.

So weit die damalige Analyse des Botschafters. Es spricht manches dafür, daß speziell unter dem dort an letzter Stelle aufgeführten Gesichtspunkt der bei uns seinerzeit so heftig umstrittene Nachrüstungsbeschluß der NATO und die Tatsache, daß er in der Folge verwirklicht wurde, in Moskau den Gegenstand eingehender Beratung gebildet haben. Denn mit der Stationierung der 108-Pershing-II-Raketen und der 96 Marschflugkörper hatten die Vereinigten Staaten eine Position erlangt, der gegenüber die Sowjetunion mit keiner entsprechenden aufwarten konnte: Ihr Versuch, sich 1962 eine solche Position auf Kuba zu verschaffen, schlug bekanntlich fehl — er wurde vom amerikanischen Präsidenten Kennedy als für die Vereinigten Staaten lebensbedrohlich angesehen.

Ist nun mit Reykjavík (Treffen Reagans und Gorbatschows, Oktober 1986) und damit, daß in seiner Folge auf Grund des Washingtoner Abkommens zwischen den USA und der Sowjetunion vom Dezember 1987 die Rakten wieder entfernt wurden bzw. noch werden, die sowjetische Einkreisungsbesorgnis entfallen? Sicherlich nicht! Denn dieser Alptraum hatte die Sowjetführung ja schon vor und gänzlich unabhängig von der Raketen-Stationierung bedrückt — in der von mir angeführten Analyse des Botschafters von 1980 war der Stationierungsbeschluß überhaupt nicht erwähnt. Und die Bereitschaft der USA, mit der Entfernung der Raketen ihre — um es mit einem Schlagwort auszudrücken — »Kuba«-Position gegenüber der Sowjetunion aufzugeben, bedeutete keineswegs etwa eine politische Liebeserklärung an deren Adresse. Da der NATO-Beschluß von 1979 die Raketen-Stationierung als Gegenmaßnahme zur Stationierung der sowjetischen SS-20-Rakten erklärt hatte, stand mit der sowjetischen Bereitschaft, diese zurückzunehmen, die internationale Glaubwürdigkeit der westlichen Führungsmacht auf dem Spiel, falls sie sich geweigert hätte, diesem Umstande Rechnung zu tragen.

Besteht hiernach kein Grund, daran zu zweifeln, daß das Einkreisungssyndrom für die sowjetische Führung nach wie vor einen Faktor von grundlegender Bedeutung darstellt, so könnte es somit sehr wohl sein, daß



***Verschrottung von SS-20-Raketen:** die westliche Flanke der Sowjetunion nun politisch absichern.*

Moskau es auch heute als wesentlichen Vorteil gegenüber dem Status quo ansehen würde, wenn seiner westlichen Flanke durch Vorlagerung eines neutralen Gesamtdeutschlands die unter den obwaltenden Umständen bestmögliche Absicherung zuteil würde.

In diesem Zusammenhang sei nochmals darauf hingewiesen, daß diejenigen Faktoren, die den sowjetischen Angeboten der Jahre 1952—55 primär zugrundelagen, auch heute noch gegeben sind: Mit der Wiedervereinigung eines neutralen Deutschlands fände die aktive Beteiligung der Bundesrepublik am NATO-Bündnis ihr Ende, ebenso stünde auch das westdeutsche Territorium diesem Bündnis — erstmals seit dessen Gründung! — nicht mehr zur Verfügung; die beiden Militärblöcke, die sich heute im gespaltenen Deutschland unmittelbar gegenüberstehen, würden durch das nunmehr zwischen ihnen liegende neutrale Deutschland auseinandergerückt, und es würde damit die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen ihnen mit seinen unvorhersehbaren möglichen Folgen wesentlich gemindert; mit dem Ende der bisherigen, gewaltsam erzwungenen und aufrechterhaltenen Spaltung eines Volkes von über 70 Millionen entfiele eine der grundlegenden Ursachen der derzeitigen Spannung; schließlich hätte die Sowjetunion hinfort in einem wiedervereinigten Gesamtdeutschland in seinen alten Grenzen einen Nachbarn an ihrer Seite, dessen Gesinnung ihr gegenüber nicht mehr gefühlsmäßig belastet wäre und dessen neutraler Status dem Sicherheitsbedürfnis des Ostreichs in nicht geringerem Maße entgegenkäme als seinerzeit der mit der Weimarer Republik 1926 abgeschlossene Berliner Vertrag und in der Bismarck-Ära der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag von 1887.

Nun wird man diesen Überlegungen über ein mögliches sowjetisches Einverständnis mit der Wiedervereinigung eines alsdann neutralen Deutschlands entgegenhalten — ich stellte den Einwand an die Spitze meiner Untersuchung: wären die Sowjets an einer solchen Lösung interessiert, hätten sie uns schon längst ein entsprechendes Angebot unterbreitet; statt dessen haben sie im Gegenteil mit Gorbatschows Äußerungen gegenüber Bundeskanzler Kohl bei dessen Moskau-Besuch im Oktober 1988 über die Realität des durch die Geschichte Geschaffenen jegliche Wiedervereinigungsmöglichkeit für eine absehbare Zukunft ausgeschlossen.

Dieser Einwand mag vielen überzeugend klingen. Er ist es jedoch nicht. Dies folgt zwingend daraus, daß für die Sowjetunion, wie ich darlegte, eine deutsche Wiedervereinigung, wenn überhaupt, so nur auf der Grundlage gesamtdeutscher Neutralität in Betracht kommen kann, gerade diese unerläßliche Voraussetzung aber von allen politisch maßgebenden Instanzen der Bundesrepublik kategorisch abgelehnt wird. So von dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler und der Bundesregierung, so auch von den großen Parteien — bei ihnen mit Ausnahme nur einiger weniger Abgeordneter und Funktionäre. Sie alle sind nicht bereit, auf die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO selbst für den Fall eines möglichen Aufgehens des westdeutschen Teilstaats im wiedervereinigten Gesamtdeutschland zu verzichten.



Westextremist Kohl: *»Westbindung Teil unserer Staatsräson«*

In diesem Sinne wird die Westbindung der Bundesrepublik als irreversibel erklärt, sie ist, wie Bundeskanzler Kohl im Februar 1988 in Washington ausführte, ein *»Teil unserer Staatsräson«*. Was das bedeutet, hatte der Kanzler bereits am 30. September 1987 anläßlich des Besuchs des damaligen US-Vizepräsidenten Bush in Bonn mit unverkennbarer Apostrophierung Moskaus als Zweitadressaten seiner Erklärung mit den Worten zum Ausdruck gebracht: *»Und es gibt keine Preis, den wir zahlen oder als Zahlung entgegennehmen würden, der uns von der Seite unserer Freunde wegbringt.«* Folgerichtig hatte denn auch schon im Juni 1987 der deutschlandpolitische Sprecher der Unionsparteien, der CSU-Abgeordnete Lintner, betont, daß für seine Partei die Wiedervereinigung Deutschlands nur dann akzeptabel sei, wenn das vereinte Deutschland die volle Mitgliedschaft in der NATO übernehme (FAZ v. 18.6.1987).

Abgesehen von diesem Gesichtspunkt, der für sich allein schon für die sowjetische Haltung zur deutschen Einheit ins Gewicht fällt, kommt sodann aber auch noch folgendes hinzu: Ähnlich wie bereits am 25. Juni 1985 (FAZ v. 26.6.1985) der damalige Bundesminister Windelen erklärt hatte, die Wiedererlangung der deutschen Einheit sei für die Bundesregierung nur unter der Bedingung akzeptabel, daß zugleich auch die östlichen Nachbarn, *»besonders Polen«*, ihre Freiheit wiedererlangten, hat im März 1988 (General-Anzeiger v. 18.3.1988) auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Unionsparteien Rühe erneut jede isolierte Erfüllung unseres Wiedervereinigungsanliegens abgelehnt und es als für ihn unvorstellbar bezeichnet, daß den Deutschen in der DDR das Selbstbestimmungsrecht gegeben würde, nicht jedoch zugleich auch den Ungarn, Polen und Tschechoslowaken. Damit hat die vom politischen Bonn allenthalben akzeptierte These, die deutsche Teilung könne als Folge und Ausdruck der Teilung Europas auch nur im Rahmen einer Überwindung von dessen Teilung überwunden werden, noch eine wesentliche Verschärfung erfahren: Aus dem *»sie k a n n nur im Rahmen (...) überwunden werden«* ist ein *»sie d a r f es nicht auf andere Weise, selbst wenn sie es könnte«* geworden!

Schließlich ist in diesem Zusammenhang zu bedenken, daß die Bonner Politik einhellig dem erstrebten Aufgehen der Bundesrepublik in einem westeuropäischen Bundesstaat den Vorrang vor der Wiedervereinigung Deutschlands gibt, obwohl bei den Verantwortlichen spätestens seit der Anhörung des ehemaligen deutschen EG-Kommissars Prof. Dahrendorf vor dem Bundestagsausschuß für Innerdeutsche Beziehungen im September 1977 kein Zweifel mehr darüber bestehen kann, daß dieses Ziel die deutsche Wiedervereinigung keineswegs fördert, sondern sie ausschließt. Daß diese Priorität des angestrebten westeuropäischen Bundesstaats tatsächlich nichts anderes als eine eindeutige Absage an die Wiedervereinigung bedeutet, hat Bundeskanzler Kohl selbst, als Regierungs-

chef der Bundesrepublik der seit Jahren wichtigste Repräsentant ihrer Außenpolitik, unmißverständlich dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er unter Hervorkehrung des Gegensatzes von Westintegration und Nationalstaat die Wiederkehr eines deutschen Nationalstaats — und damit die vom Grundgesetz geforderte Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands überhaupt — zu wiederholten Malen mit aller Entschiedenheit ablehnte.

Wir können sicher sein, daß die Experten des Kreml alles, was die Haltung Bonns zur Deutschlandfrage direkt oder indirekt betrifft, ja alles auch, was sie nur am Rande berührt, genauestens verfolgen und sorgfältig analysieren. So kann die Sowjetführung nicht im Zweifel darüber sein, daß ihr Bonn als Vorbedingungen für eine einvernehmliche Lösung der Deutschlandfrage einerseits das Einverständnis mit einer NATO-Mitgliedschaft des wiederzuvereinigten Gesamtdeutschlands abverlangt; daß es andererseits aber von der Sowjetunion selbst fordert, eine Auflösung des östlichen Militärbündnisses und eine unbeschränkte Koalitionsfreiheit der bisherigen Mitgliedsstaaten hinzunehmen — denn darauf läuft ja im Ergebnis das Begehren hinaus, es müsse in gleicher Weise wie der DDR auch den übrigen Ostblockstaaten das Selbstbestimmungsrecht gewährt werden. Und schließlich weiß man in Moskau, daß den politisch Verantwortlichen in Bonn an der deutschen Wiedervereinigung, der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, im Grunde überhaupt nicht gelegen ist.

Unter diesen Umständen sieht sich die Sowjetführung, für die ja nur ein neutrales Gesamtdeutschland in Betracht kommen könnte, bei etwaiger Prüfung der Frage, ob sie Bonn ein entsprechende Angebot unterbreiten soll und kann, der folgenden Situation gegenübergestellt:

1. Jeder Hinweis auf eine Bereitschaft ihrerseits, an der Wiedervereinigung eines alsdann neutralen Gesamtdeutschlands mitzuwirken, würde von der Bundesregierung als ein fast unsittliches Angebot zurückgewiesen werden.

2. Die Sowjetunion müßte darüber hinaus befürchten, mit einem solchen Schritt, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht geheim bliebe, im gesamten Ostblock, vor allem aber bei den Regierungen der Satellitenstaaten, und hier namentlich bei denen der DDR und Polens, für nichts und wieder nichts eine Beunruhigung und Verwirrung hervorrufen, an der ihr heute weniger denn je gelegen sein kann.

3. Die Sowjetunion müßte schließlich damit rechnen, daß eine von ihr bekundete Bereitschaft, der Schaffung eines neutralen Gesamtdeutschlands zuzustimmen, den Anstrengungen sowohl der Bundesrepublik als auch denen ihrer Verbündeten, besonders Frankreichs, die Verankerung Westdeutschlands im westlichen Bündnis noch weiter zu festigen, zusätzlichen Auftrieb geben würde. Und die gleiche Auswirkung müßte sie von ihrem Schritt auf das zu jenen Anstrengungen parallel verlaufende Bemühen des Kanzlers besorgen, bereits



den Weg des westdeutschen Teilstaats zur Europäischen Union, zum angestrebten westeuropäischen Bundesstaat, unumkehrbar zu machen (Bundeskanzler Kohl im Juni 1988 in Hannover) und damit die Eventualität einer späteren Sinnesänderung Bonns auszuschließen. Die Sowjetunion würde somit selbst dazu beitragen, die Möglichkeit einer von ihr noch zu einem späteren Zeitpunkt erhofften Neugestaltung der europäischen Mächtekonstellation wenn nicht zu vereiteln, so doch zu erschweren.

Nach alldem kann nicht zweifelhaft sein: Die Sowjets würden, gleichviel, ob sie hier selbst die Initiative ergriffen oder ob sie lediglich zu westdeutscher Sondierung Stellung nähmen, mit jeder Äußerung von maßgebender Stelle, mit der sie uns ein Einverständnis mit der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage gesamtdeutscher Neutralität bekunden, einen Schritt tun, dessen mit Sicherheit zu erwartender Erfolglosigkeit sie sich von vornherein bewußt wären. Einen Schritt zugleich aber auch, über dessen höchst nachteilige Folgen für ihre eigenen Belange (wie immer man diese im einzelnen bewerten mag) sie ebenfalls keinen Zweifel haben könnten. Das bedeutet: ein solcher Schritt stellt für sie eine absolute Unmöglichkeit dar, sie können ihn von ihrem Interessenstandpunkt aus unter keinen Umständen tun. Der frühere Reichsminister und damalige deutsche Botschafter in Moskau, Graf von Brockdorff-Rantzau, hat in einem Telegramm an das Auswärtige Amt vom 8. März 1927 bemerkt: *»Man mag von den hiesigen Machthabern so ziemlich alles als erwiesen oder beweisbar voraussetzen; töricht sind sie aber sicher nicht.«* (Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie B, Bd. IV, S. 495) Letzteres sollten auch wir Westdeutschen uns vor Augen halten, falls uns daran gelegen ist, über die sowjetische Einstellung zur deutschen Einheit Klarheit zu gewinnen.

Bestand und besteht hiernach also für die Sowjets auch keine Möglichkeit, uns ein Einverständnis ihrerseits mit der Wiedervereinigung eines alsdann neutralen Gesamtdeutschlands zu bekunden, so haben sie uns gleichwohl in der jüngeren Vergangenheit wiederholt Hinweise gegeben, die, wenn eben auch nicht eindeutig, so doch in verblümter Form durchaus als Fingerzeige in dieser Richtung gedeutet werden konnten. So hatte man in Moskau für den Besuch des Bundespräsidenten von Weizsäcker in der Sowjetunion im Juli 1987 einen Abstecher nach Tauroggen einplanen wollen, wo am 30. Dezember 1812 der General von Yorck das von ihm geführte preußische Corps für neutral erklärt hatte (Der Spiegel, Nr. 14, April 1987). Daß dieser Vorschlag mangels Bonner Gegenliebe nicht verwirklicht wurde, tut seiner symbolischen Bedeutung keinen Abbruch, auch wenn man sowjetischerseits von vornherein mit seiner Ablehnung gerechnet hätte. Und am 28. Juni 1987 hielt der damalige 2. Sekretär und Presseattaché der Bonner Sowjetbotschaft Akwiljanow auf einer dem Gedenken an die Konvention von Tauroggen gewidmeten Veranstaltung der Hamburger Burschenschaften einen Vortrag über *»Vermächtnis und Auftrag der Waffenbrüderschaft von 1812/13«*, in dem er die Entwicklung hin zu jener Kon-

vention ein Beispiel dafür nannte, wie sich europäische Staaten trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten zusammenfinden könnten; dabei äußerte er die Hoffnung, daß sich diese Tradition auch künftig im Sinne der Friedenssicherung bewähren werde (FAZ v. 29.6.1987).

Am 7. Juni 1988 wiederum erklärte der Leiter der Abteilung Außenpolitik der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Professor Daschitschew, in der Sowjetbotschaft in Bonn vor deutschen Journalisten, daß Mauer und Stacheldraht als Relikte des Kalten Krieges mit der Zeit verschwinden müßten (FAZ v. 8.6.1988), um bald darauf in einem Spiegel-Interview vom 4. Juli 1988 die Frage, ob das »neue Denken« in Moskau auch den Deutschen etwas bringe, mit der Feststellung zu beantworten: *»Die evolutionäre Entwicklung wird auch dieses Problem* [gemeint war die Wiedervereinigung] *lösen.«* Daschitschew ist Deutschlandexperte und Berater Gorbatschows, er hatte schon vor diesen Äußerungen Aufsehen durch unverblümte Kritik an der von Stalin geprägten sowjetischen Außenpolitik in der Vergangenheit erregt, der er *»hegemonistische Großmachtambitionen«* vorwarf.

Und noch am 6. Oktober 1988, also kurz vor dem von ihm ausdrücklich angesprochenen Besuch des Bundeskanzlers Kohl in Moskau, betonte Vadim Sagladin, ein führender Funktionär des Zentralkomitees der KPdSU, als Gast bei einer Veranstaltung der nordrhein-westfälischen CDU in Bonn unter Hinweis auf die Realitäten, wie sie in der Schlußakte von Helsinki verankert seien: *»Dazu gehören auch die Achtung der Option jedes Volkes und die Anerkennung seines Rechts, selbständig die eigene Zukunft zu bestimmen.«* Sagladin hatte bereits im März 1987 bei einem Zusammentreffen mit westdeutschen Besuchern in Moskau die Verträge von Rapallo und Moskau einander gegenübergestellt und betont, daß der letztgenannte Vertrag allein auf der Grundlage der Adenauerschen Westbindung möglich und denkbar gewesen sei, mit anderen Worten, allein auf dieser Westbindung basiere. Die Schlußfolgerung, daß die Aufgabe dieser Westbindung eine andere Gestaltung der Dinge ermöglichen werde, brauchte er nicht auszusprechen — sie lag auf der Hand. So konnte er sich auf die dezente Bemerkung beschränken, man möge aus falscher Historie keine falsche Politik ableiten (FAZ v. 13.6.1987).

Daß sowjetische Hinweise dieser Art, wie die FAZ vom 26.10.1988 meint, nur gemacht wurden, um die Verankerung der Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft und der NATO zu lockern, ist zwar angesichts ihrer durch die Bonner Haltung bedingten und ermöglichten Unverbindlichkeit nicht auszuschließen, jedoch wenig wahrscheinlich. Denn die Sowjetunion mußte sich sagen, daß sie damit nur das Gegenteil einer solchen Frage bewirken konnte, indem jene Hinweise Bonn und Paris noch in der Entschlossenheit bestärken mußten, die Westbindung der Bundesrepublik noch entschiedener voranzutreiben. Kommentare der französischen Presse lassen dies in der Tat klar erkennen.

In eine in diesem Zusammenhang bedeutsame, aber spezielle Kategorie gehört schließlich die noch vor dem Moskau-Besuch des Kanzlers vollzogene Entmachtung Gromykos, der die sowjetische Deutschlandpolitik über Jahrzehnte mitformuliert und -getragen und dabei bis zuletzt als Verfechter eines harten Kurses gegolten hat.

Eine abschließende Wertung aller Umstände, die für eine Antwort auf die Frage von Bedeutung erscheinen, wie die heutige Sowjetführung über die Möglichkeit einer Wiederherstellung der deutschen Einheit denkt, führt somit zu dem Ergebnis, daß uns hier eine sichere Erkenntnis versagt ist und auch weiterhin versagt bleiben wird, solange die Bundesrepublik es der Sowjetunion unmöglich macht, uns eine eventuelle Einstellung zu dieser Frage risikolos zu bekunden.

Dürfen nun wir Westdeutschen in Anbetracht der Tatsache, daß im Augenblick so gut wie nichts für eine Änderung dieser Haltung Bonns in absehbarer Zeit spricht, uns mit dem Wort Bismarcks zufrieden geben, man solle Doktor-Fragen nur dann beantworten, wenn sie praktisch vorliegen? Dürfen wir, mit anderen Worten, in unserer Lage untätig verharren und den Dingen ihren Lauf lassen in der vagen Hoffnung, ein gütiges Geschick werde uns auch ohne unser Zutun einmal den unerläßlichen Bonner Sinneswandel bescheren? Nichts wäre weniger zu verantworten als das! Denn unsere Zukunft als entweder geteilte oder aber in einem Staat wiedervereinte Nation hängt entscheidend davon ab, ob die Sowjetführung, falls sie in Wahrheit unserem Anliegen gegenüber positiv eingestellt ist, die Möglichkeit zu einer entsprechenden risikolosen Bekundung ihres Standpunktes uns gegenüber erhält, ehe es dafür zu spät sein könnte. Hier spielt einmal schon der Gesichtspunkt eine Rolle, daß die Sowjetunion sich für die Verfolgung ihrer politischen Ziele erfahrungsgemäß nach Möglichkeit mehrere Wege offenhält und, wenn ein von ihr ins Auge gefaßter Weg sich als nicht oder nur schwer begehbar erweist, alsbald einen zweiten zu gehen sucht. So hatte bereits im März 1925, als sich der Locarno-Vertrag und der deutsche Völkerbundeintritt abzeichneten und es damit um Deutschlands künftige Position gegenüber Ost und West ging, der bekannte sowjetische Publizist Radek darauf hingewiesen, daß die Wendung nach Westen die Logik enthalte, ihre Spitze gegen den Osten zu kehren, und daß die deutsche Politik daher zu internationalen Veränderungen führen könne, die sowjetischerseits eine Berechnung ohne alle Gefühlsbindungen verlangen würden.

Weit bedrohlicher aber noch als die Eventualität einer solchen Entwicklung der sowjetischen Außenpolitik ist die Gefahr, daß die Bundesrepublik vielleicht schon in wenigen Jahren gar nicht mehr in der Lage sein könnte, das Steuer ihrer Politik in Richtung Wiedervereinigung statt europäischer Bundesstaat herumzuwerfen — selbst wenn sie es dann wollte. Dieser Fall würde eintreten, wenn, wie es augenscheinlich Bundeskanzler Kohl schon von der Vollendung des Europäischen Binnemarkts bis 1992 erhofft, demnächst tatsächlich bereits der Weg zur »Europäischen Union« unumkehrbar würde, die Bundesrepublik sich also noch vor Schaffung des angestrebten westeuropäischen Bundesstaats praktisch nicht mehr aus der westlichen Umklammerung lösen könnte. Dann hätte die Frage nach der Einstellung der Sowjetunion zur deutschen Einheit in der Tat nur noch akademische Bedeutung — die Bundesrepublik selbst, der westdeutsche Teilstaat, hätte die Erreichung des Einheitsziels für unabsehbare Zeit, wenn nicht für immer, unmöglich gemacht.

Wollen wir es dahin kommen lassen?

Der Text ist die schriftliche Fassung eines Vortrags von Botschafter a.D. Horst Groepper, Ehrenvorsitzender des Neuen Deutschen Nationalvereins, gehalten auf auf der 12. Norddeutschen Regionaltagung des Zollernkreises in Bad Bevensen-Medingen am 13. November 1988.



Die Aktualität des Nationalismus im Sowjetimperium oder: wem nützt Gorbatschows Perestrojka?

Von Marcus Bauer

Der Sieg des Westens im Wettstreit der Systeme

Mit Staunen, Interesse, Zustimmung und Hoffnung beobachtet die sogenannte »Weltöffentlichkeit«, mit welcher die veröffentlichte Meinung in den Ländern der westlichen »Wertegemeinschaft« meist gleichgesetzt wird, die sich seit geraumer Zeit in mehreren »dem sozialistischen Lager« zugerechneten Ländern und vor allem in der UdSSR selber vollziehenden Veränderungen. In der Optik gleichermaßen von Amerikanisierung und realsozialistischer Funktionärsdiktatur geplagter deutscher Nationalisten muß der Versuch einer Beurteilung der in zahlreichen Ländern vonstatten gehenden Reformpolitik freilich nahezu notgedrungen zu einem Zwiespalt führen: Während die mit der Umgestaltung einhergehende Aufbruchstimmung und Politisierung der Bevölkerung in den Ländern Osteuropas Respekt, Solidarität und Bewunderung abverlangt und namentlich die Rebellion der nichtrussischen Nationalitäten in der UdSSR ein Beleg für die Aktualität des Nationalismus sowie seine Überlegenheit gegenüber allen universalistischen Zwangskonstruktionen ist, ist die gar so eifrige Inanspruchnahme der »Perestrojka« durch die westliche Propaganda ihrerseits bestens dazu geeignet, die Begeisterung für dieses Experiment zu dämpfen. Wir stehen also vor dem Problem, daß an sich unterstützenswerte Forderungen nach Wirtschaftsreform, Demokratisierung und nationaler Unabhängigkeit im ökonomischen, strategischen wie auch ideologischen Interesse des Westens liegen und durch denselben dazu instrumentalisiert werden können, die bislang seinem wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zugriff schwerer zugänglichen Länder innerhalb des östlichen Machtbereichs so weit als möglich in das eigene Herrschaftssystem einzubinden, diese dabei im Zustand wirtschaftlicher Abhängigkeit haltend und auf das Niveau von Schwellenländern der Dritten Welt herabdrückend. Vor allem die in den besagten Ländern zu beobachtende Bereitschaft der jüngeren Generation, sich dem einen Geschmack von »Freiheit und Abenteuer« vortäuschenden Lebensstil des Westens hinzugeben, möchte das »Perestrojka«-Experiment oft nur mehr halb so interessant, wenn nicht gar gefährlich erscheinen lassen, gehört es doch bei den Nationalisten in den Ländern diesseits des rostiger werdenden Eisernen Vorhangs gleichsam unbestritten zum politischen Allgemeingut, im westlichen — und das heißt vor allem amerikanischen — (Kultur-)Imperialismus die größte Gefahr nicht nur für die politische und wirtschaftliche Souveränität, sondern, noch viel schlimmer, für den kulturellen Bestand der Völker überhaupt erkannt zu haben (nach dem Motto: Ein russischer Panzer vor der Haustür ist für die Existenz eines Volkes weniger gefährlich als der MacDonalds am Hauptbahnhof). Bleibt uns demnach nur mehr die Möglichkeit, entweder zugunsten der alten Diktatur der Apparatschiks oder der ebensowenig erfreulichen Aussicht auf einen weltweiten Endsieg des westlichen Lebensstils, Gesellschafts- und Wirtschaftssystems Stellung zu nehmen?

Vielleicht hilft ein kurzer Seitenblick auf die Marx'sche Theorie, dem ebengenannten Dilemma zu entgehen. Diese besagt ja, daß die Bourgeoisie ihr eigener Totengräber sei, der Kapitalismus also im Zuge seiner Entwicklung notgedrungen Widesprüche und Gegenkräfte hervorrufen müsse, an denen er letztlich selbst scheitern und zugrunde gehen werde. Die durch die Öffnung der östlichen Märkte freigesetzte Dynamik könnte hinsichtlich ihrer Auswirkungen eine Bestätigung dieser Prognose nach sich ziehen, ist doch kaum zu erwarten, daß die Durchdringung jener Region mit westlichem Kapital und Lebensstil sowie ihr Herabsinken zur Peripherie des kapitalistischen Weltmarktes völ-

lig frei von sozialen und politischen Spannungen verlaufen wird:

So dürften den auf nationale Unabhängigkeit von sowjetrussischer Hegemonie bedachten Völkern nach einer anfänglichen, aus der Frontstellung gegen die östliche Supermacht heraus erklärbaren und verständlichen Sympathie für den Westen alsbald die von den Nivellierungszwängen der westlichen Einheitszivilisation ausgehenden Gefährdungen ihrer kulturellen Substanz bewußt werden.

Aber auch in Rußland selbst ist, als Reflex auf die fortschreitende »Verwestlichung«, mit der Wiederbelebung slawophiler Traditionen und somit mit der Entstehung eines entsprechenden »kulturrevolutionären« Potentials zu rechnen.

Daß ein möglicherweise einsetzendes kapitalistisches »Wirtschaftswunder« zu erheblichen sozialen Spannungen führt, zeigt nicht nur die Erfahrung mit »Schwellenländern« in der Dritten Welt, sondern läßt sich zum Teil schon heute in einigen reformfreudigen Ländern des »sozialistischen Lagers« ersehen. Während nämlich das Gros der Bevölkerung von den Segnungen liberalerer Wirtschaftspolitik ausgeschlossen bleibt, gelingt es einer hauchdünnen Schicht gerissener Unternehmer und listiger Geschäftemacher, sich binnen kurzem materiell zu bereichern. Durch Überanpassung an die westlichen Lebensgewohnheiten und provokatives, exzessives Ausleben des neuen, ungewohnten Wohlstandes seitens dieser neuen Klasse sowie verstärkte Anfälligkeit der Gesellschaft für organisierte Kriminalität und Untergrundwirtschaft wird sich das so entstandene soziale Konfliktpotential noch weiter verschärfen.

Derartige Fehlentwicklungen können alsbald eine Ernüchterung bezüglich der in eine Öffnung gegenüber dem Westen gesetzten Hoffnungen zur Folge haben, so daß besonders bei den Intellektuellen ein Nachdenken über nicht-kapitalistische Alternativen und eine Rückbesinnung auf sozialistisches Gedankengut einsetzen wird. Eine solche Entwicklung muß dabei keineswegs etwa auf die Rekonstruktion derjenigen Zustände hinsteuern, wie sie vor dem Beginn der Reformpolitik bestanden. Im Gegenteil: mit den Erfahrungen des totalitären Einparteienstaates auf der einen und kapitalistischer Umwälzung auf der anderen Seite im Hinterkopf sind vielmehr Voraussetzungen für die Erstellung von Gegenentwürfen vorhanden, die gleichermaßen sowohl über die inzwischen gescheiterte, als »Sozialismus« fehlgedeutete Diktatur von Partei und Bürokratie wie auch über den häufig mit »Freiheit und Demokratie« verwechselten westlichen Wirtschaftsliberalismus hinausweisen (und im übrigen auch auf kritische Geister und rebellische Gemüter in Westeuropa Wirkungen haben dürften).

Vor allem aber verliert der Westen mit dem endgültigen Bankrott des »östlichen Modells« ein Feindbild, das in seiner negativen Kontrastwirkung stets der Rechtfertigung der hiesigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als der immer noch besten aller möglichen Welten dienen konnte. Indem sich das »westliche Modell« nun weltweit etabliert, verliert es eben diesen argumentativen Spielraum gegenüber seinen Kritikern.

In der Tat: Der Westen hat seine Überlegenheit gegenüber den maroden, vormals mit sozialistischem Anspruch angetretenen Staatsapparaten unter Beweis gestellt. An dem Sieg liberaler Wirtschaftsdynamik über träge Bürokratien und konsumorientierter, »libertärer« Lebensauffassung gegenüber dem Mief und Druck des alltäglich erfahrenen Totalitarismus ist nicht zu rütteln. Gleich, ob die kommunistischen Parteien im Osten höchstselbst die Liberalisierung vorantreiben (wie etwa in Ungarn), zugunsten nichtkommunistischer Regierungsmehrheiten in den Hintergrund treten (so in Polen) oder sich dem Wandel entziehen wollen, indem sie durch Erstarrung in die Isolation treiben und damit gleichsam aus der Geschichte auszusteigen trachten (DDR, Rumänien): Der westliche Liberalismus erweist sich gegenüber der durch die Oktoberrevolution nicht wirklich überwundenen und später durch den Stalinismus lediglich modernisierten Autokratie als das überlegene, fortschrittlichere Prinzip. Alle Fehlentwicklungen, die dieser freilich mit sich bringen wird, sind dabei hinnehmbar, kann doch so die Freisetzung von Gegenkräften stimuliert werden, die sich letztlich gegen den »Liberalkapitalismus« des Westens selbst wenden, der, indem er sich in Osteuropa einrichtet und alle bisherigen Experimente mit sozialistischem Anspruch über den Haufen wirft, dem Höhe-, damit gleichzeitig aber auch dem Wendepunkt seiner Entwicklung entgegenstrebt.

Der westliche Triumph im Wettstreit der Systeme ist demnach kein »Endsieg«, sondern kann vielmehr der Auslöser einer Dialektik sein, welche die Initiative neu entstehenden fortschrittlichen Kräften in Mittel- und Osteuropa übertragen wird. Die Welle des Neoliberalismus, die jetzt über Mittel- und Osteuropa hinwegrollt, kann demnach schon bald wieder in Form national-, sozial- und kulturrevolutionärer Ideen auf Westeuropa zurückschwappen. Deutschland, ausgezeichnet durch seine Mittellage und Teilung in zwei Staaten mit jeweils einem der gegensätzlichen Gesellschaftssysteme, wird bei diesem Prozeß vielleicht ein Brennpunkt der Ereignisse sein.



Im sowjetischen Alltag noch immer gegenwärtig: *Stalins langer Schatten*

Die Weltmacht und die »Perestrojka«
Doch haben wir die Rechnung nicht ohne den Wirt gemacht? Schließlich läßt die bei der obigen, schwerpunktmäßig an ökonomischen Gesichtspunkten orientierten Darstellung suggerierte Zwangsläufigkeit einer Entwicklung einen entscheidenden Aspekt außer acht: nämlich die möglichen Reaktionen der sowjetischen Politik darauf, die, anders als etwa in Polen oder Ungarn, unter dem sich verselbständigenden Zwang einer Weltmacht steht, ihre Stellung zu halten. Folglich dürfte kaum anzunehmen sein, daß die hier in Aussicht gestellte Degradierung der UdSSR zu einem bloßen, seiner weltpolitischen Stellung verlustig gegangenen Schwellenland an der Peripherie des kapitalistischen Weltmarktes von der Führung im Kreml ohne jegliche Gegenmaßnahme hingenommen werden kann, liegt doch der eigentliche Hintergrund der Reformpolitik in der Notwendigkeit begründet, eben nur durch eine umfassende Modernisierung und erhöhte wirtschaftliche Effizienz die UdSSR als Großmacht über die Jahrtausendwende hinwegretten zu können, andernfalls sie zu einem — um mit Exbundeskanzler Helmut Schmidt zu sprechen — »Obervolta mit Atomraketen« herabsinken müßte. Sollte sich nun jedoch herausstellen, daß die hierzu unausweichliche Inanspruchnahme westlicher Wirtschaftskraft, Technologie und Kredite das genaue Gegenteil, nämlich eine fortschreitende Abhängigkeit der Sowjetunion bewirkt, so wäre das ursprünglich ja dem Erhalt der Weltmachtposition dienende Reformkonzept ad absurdum geführt.

Eine solche Entwicklung brächte freilich die Gefahr der Wiederauflage einer stalinistischen Mobilisierungsdiktatur mit sich, die den konservativen Kreisen in der Sowjetunion nach einem Scheitern der Reformpolitik in ihren machtpolitischen Zielsetzungen als einzige Möglichkeit erscheinen könnte, den im Laufe von Jahrhunderten erworbenen territorialen und strategischen Besitz Sowjetrußlands zu wahren. Dies käme letztlich einer Hilf- und Ausweglosigkeit signalisierenden, sinnlosen Panikreaktion gleich, welche lediglich die zunehmende Isolation der UdSSR und das bloße Hinauszögern ihres Niedergangs zur Folge hätte, der dann schlimmstenfalls nicht im Zuge einer schleichenden Integration in das westliche Herrschaftssystem, sondern im Gefolge einer menschheitsbedrohenden globalen militärischen Auseinandersetzung mit dem amerikanischen Kontrahenten und seinen Verbündeten und Satelliten eintreten könnte. Daß derartige Rückfälle in reformorientierten »sozialistischen« Ländern nicht auszuschließen sind, darauf weisen (trotz aller qualitativen Unterschiede) nicht zuletzt die Vorgänge in Peking im Sommer dieses Jahres hin.



Gorbatschow und SED-Funktionäre: wie lange können sich die DDR-Altstalinisten einer deutschlandpolitischen Option des Kreml noch entziehen?

Aber zwischen den beiden (hier wohl etwas überspitzt dargestellten) Alternativen — Demütigung und schleichender Zerfall einerseits, Götterdämmerung und heroischer Untergang andererseits — bleibt der sowjetischen Politik gegebenenfalls noch eine dritte Option: und die liegt auf dem Feld der Deutschlandpolitik. Ein aus der Vereinigung von kapitalistischer BRD und »sozialistischer« DDR hervorgehendes blockfreies Gesamtdeutschland, das im Zuge eines Abkoppelungsprozesses vom Westens die wirtschaftlichen Verflechtungen mit diesem durch außenwirtschaftliche Umorientierung in andere Bereiche (Dritte Welt, »Ostblock«), durch Förderung der Binnenwirtschaft sowie eine gesunde Portion Sozialismus ausdünnt und überdies im eigenen Interesse das Bündnis mit (Sowjet-)Rußland sucht, wäre für letzteres ein attraktiver Ansprechpartner bezüglich weitreichender politischer, wirtschaftlicher, technologischer und nicht zuletzt kultureller Zusammenarbeit. Deutschland, dem in den Augen rechter Ideologen häufig die Rolle eines abendländischen »Bollwerks« gegen den »Bolschewismus« zugedacht wurde, hätte dann die Funktion, den hochsensiblen Umgestaltungsprozessen in Osteuropa den Druck eines allzu unmittelbaren Kontakts mit der expansiven Dynamik aufdringlicher westlicher Wirtschaftskraft zu nehmen und durch die nach wie vor bestehenden Handelsbeziehungen in die andere Himmelsrichtung »Rußlands Tor zum Westen« zu sein, um derart sowohl den Interessen sozialistischer Reformpolitik, vor allem auch den eigenen nationalen Belangen zu dienen.

Daß diese Perspektive sowjetischer Politik nicht nur mehr bloße Theorie bleibt, sondern auch zu einer im Kreml ernsthaft diskutierten Option werden kann, hängt fast ausschließlich davon ab, ob es gelingt, hier in Deutschland nennenswerte politische Kräfte zu mobilisieren, die sich der Bedeutung deutsch-sowjetischer Zusammenarbeit für unsere nationale Einheit, Unabhängigkeit und Emanzipation vom Westen bewußt und überdies etabliert und einflußreich genug sind, um das umrissene Konzept auch aus Moskauer Sicht realistisch und das damit verbundene Risiko auf ein Minimum reduziert erscheinen zu lassen. Hierfür gibt es in diesem unserem Lande, dem Lande Adenauers und seiner Enkel, allerdings noch jede Menge zu tun ...

Der Anfang ist gemacht!





»Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört.«

Willy Brandt

23.5.1889	geboren in Trebnitz (Schlesien)
1891	aufgewachsen in Nördlingen; besucht das Lehrerseminar Altdorf bei Nürnberg; nach Examensabschluß Praktikantenjahr in Nördlingen
1908	Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger beim Infanterieregiment Neuburg a.d. Donau
1912	als Lehrer nach Augsburg berufen
1914	bei Kriegsausbruch zum 3. Reserve-Infantierieregiment in Augsburg eingezogen
1917	wird Mitglied der Sozialdemokratischen Partei
1918—19	ist nach Kriegsende wieder Lehrer in Augsburg, gleichzeitig Redakteur bei der sozialdemokratischen »Schwäbischen Volkszeitung«; führend an der Münchner Revolution beteiligt, wird er 1919 Vorsitzender des revolutionären Zentralrats der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Bayern; nach dem Scheitern der Revolution zu zwei Jahren Freiheitshaft verurteilt; Austritt aus der SPD
1926	gründet die Zeitschrift »Widerstand — Blätter für nationalrevolutionäre Politik«, deren Herausgeber er bis zum Verbot der Zeitschrift (1934) bleibt
1937	wird von der Gestapo verhaftet
1939	wird wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt
1945	von der Sowjetarmee aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden befreit
1945—48	Leiter der Volkshochschule Wilmersdorf in Westberlin; tritt der KPD bei
1948—54	Professor an der Humboldt-Universität in Ostberlin; findet in der DDR keine politische Aufgabe; interveniert nach dem 17. Juni 1953 bei der sowjetischen Besatzungsarmee gegen Walter Ulbricht; zieht sich von der SED zurück
1958—66	veröffentlicht seine Autobiographie »Gewagtes Leben«; erhält kurz vor seinem Tode, nach langem Kampf im »Fall Niekisch«, eine geringe Haftentschädigung
1967	stirbt am 23. Mai, seinem Geburtstag, im Alter von 78 Jahren in Berlin



Zum 100. Geburtstag Ernst Niekischs

Von Sebastian Haffner

Es gibt zwei Fragen, auf die 99 von 100 Deutschen wahrscheinlich nur ein verlegenes Blinzeln oder ein Achselzucken als Antwort hätten. Die eine heißt: Wer war der letzte große Preuße? Die andere: Wer war eigentlich in Deutschland Hitlers wirklicher Gegenspieler?

Man kann lange nach Antworten suchen. Man kann verschiedene Namen versuchsweise in Vorschlag bringen, die man gleich selber wieder verwerfen wird. Am Ende wird die Antwort auf beide Fragen lauten müssen: Ernst Niekisch.

Wer war Ernst Niekisch? Von hundert Deutschen, die man fragen würde, wüßte wohl kaum einer eine Antwort. Ernst Niekisch, 1889 in Schlesien geboren, ist 1967 in Berlin als ein Gescheiterter, Vergessener gestorben. Er war aber einer der großen Deutschen des 20. Jahrhunderts, und sein Scheitern ist vielleicht nur Teil und Abbild des deutschen Scheiterns, sein Vergessenwerden ein Symptom des verlorenen deutschen Geschichts- und Selbstbewußtseins.

Gegen Hitler hat es bekanntlich zwei ernsthafte deutsche Auflehnungsakte gegeben, beide zu spät, und beide zum Mißerfolg verurteilt durch das Fehlen einer durchdachten, überzeugenden politischen Gegenkonzeption: den kommunistischen der »Roten Kapelle« und den preußisch-aristokratischen des 20. Juli. Es gab aber eine Gegenkonzeption, die beide genau umspannte; eine Synthese von revolutionärem Sozialismus und preußischem Staatsdenken. Und der Mann, der sie entwickelt und in Schriften von großartiger Wucht und Prägnanz niedergelegt hatte, war eben Ernst Niekisch. Auch hat Niekisch nicht nur gedacht und geschrieben: Er hat seine Gesundheit und acht Jahre seines Lebens in Hitlers Zuchthäusern für seine Idee und seine Überzeugung geopfert. Umsonst?

Niekisch ist als Politiker gescheitert — zweimal gescheitert: als junger Mann in der Münchner Revolution von 1918/19, an der er führend beteiligt war; später als Führer des von ihm gegründeten »Widerstandskreises« in der Krise der Weimarer Republik, die in Hitlers Machtergreifung mündete. Aber er hinterläßt ein historisch-politisches Werk, das nicht nur literarischen Glanz besitzt (er schrieb ein Kleistisches Deutsch, vielleicht das großartigst Deutsch, das in diesem Jahrhundert geschrieben worden ist), sondern immer noch unberechenbare politische Sprengkraft.

Und was er außerdem noch hinterläßt, das ist die Geschichte seines Lebens, eines heroisch-tragischen Lebens, enes »gewagten Lebens«, wie er selbst es genannt hat. Wenn man Niekischs Leben betrachtet, kommt einem Nietzsches berühmtes Epitaph auf Schopenhauer in den Sinn. Die erste Zeile freilich paßt nicht; was Niekisch lehrte, ist alles andere als »ab-





***A. Paul Weber:** »An diesem Zeichen scheiden sich die Geister«.*
Demonstration in Berlin am 9. November 1918

getan«. Aber die folgenden Zeilen könnten auf Niekisch geschrieben sein:

> Was er lebte, wird bleiben stahn.
> Seht ihn nur an:
> Niemandem war er untertan.

Niekischs Vater war ein kleiner Handwerker, ein Feilenhauermeister, der bald nach der Geburt seines Sohnes von Schlesien nach Bayern verzogen war. So kam es, daß der Urpreuße Niekisch sein politisches Leben in der bayerischen Revolution begann. Er selbst hat erzählt, wie das vor sich ging. Er war im November 1918 ein junger Volksschullehrer in Augsburg und betätigte sich nebenbei als Hilfsredakteur der örtlichen sozialdemokratischen Zeitung. Die Schule war wegen Grippe geschlossen, und so saß er am 8. November bereits frühmorgens allein in der Redaktion, als ein Unteroffizier des 3. Augsburger Infanterieregiments hereinkam: In München sei die Republik ausgerufen, die Augsburger Soldaten seien dabei, Räte zu wählen, und wünschten, daß jemand von der Partei in die Kaserne käme, »nicht nur um zu raten, sondern um die Führung zu ergreifen«. Niekisch rief telephonisch einige führende Partei- und Gewerkschaftsleute in die Redaktion. »Dabei setzte es mich in Erstaunen, bei diesen Männern, die im Geruche von ‚Revolutionären' standen, so viel Vorsicht, Behutsamkeit, ja vielleicht sogar Feigheit zu entdecken. Sie machten Ausflüchte, wollten Direktiven aus München abwarten, keiner wagte es, die Kaserne zu betreten, weil niemand wissen könne, was ihm dort begegne ... Die alten Herren zogen sich aus der Schlinge, indem sie, gegen meinen Einspruch, mich, den Jüngsten, dazu bestimmten, die Lage in der Kaserne zu erforschen.«

Aber wer in die Kaserne ging, sollte ja nicht nur die Lage erforschen, sondern die Führung ergreifen, und das tat der junge Niekisch, da es nun einmal kein anderer tun wollte. Noch an diesem Tage wurde er zum Vorsitzenden der vereinigten Augsburger Arbeiter- und Soldaten-Räte Bayerns gewählt. Es gab eben nicht viele, die so wie er den Mut hatten, die Führung zu ergreifen.

Nach der Ermordung des Münchner Revolutionsführers Kurt Eisner am 21. Februar 1919 war Niekisch ein paar Wochen lang der mächtigste Mann in Bayern. Daß der knapp Dreißigjährige, politisch bis dahin gänzlich Unerfahrene, das Chaos jener Tage zu meistern gewußt hätte, läßt sich nicht behaupten. Immerhin zeigte er nicht nur Wagemut, sondern auch politischen Realismus. Er erkannte, daß die Revolution, im übrigen Reich schon niedergeschlagen, in Bayern, wo sie noch lebendig war, nur durch einen rechtzeitigen Kompromiß zwischen Räten und Parlament zu retten sein würde; und für ein paar Wochen setzte er diesen Kompromiß durch. Noch nach der Gründung der Münchner Räterepublik im April, die er in der gegebenen Lage für falsch hielt und nicht mitmachte, suchte er zwischen der Münchner Räteregierung und der nach Bamberg geflohenen parlamentarischen Regierung einen Frieden zu vermitteln, der vielleicht Noskes Freikorps draußengehalten und die Greuel der Konterrevolution verhindert hätte. Das mißlang. Die Konterrevolution triumphierte, und Niekisch büßte seinen Anteil an der Revolution mit zwei Jahren Festungshaft.

In diesen zwei Jahren erzwungener Muße entwickelte er die politische Synthese »rechter« und »linker« Ideen, die sein Grundgedanke wurde und die seinen Namen für etwa ein Jahrzehnt, von 1926 bis 1935, in Deutschland berühmt machte. Man hat sie, kaum ganz zutreffend, als »Nationalbolschewismus« abgestempelt. Vielleicht wäre es richtiger, wenn der Begriff nicht durch Hitler korrumpiert und diskreditiert wäre, von National-Sozialismus, noch richtiger, von Staatssozialismnus oder »preußischem Sozialismus« zu sprechen.

»Preußentum und Sozialismus« — so hieß ein kleines Buch von Oswald Spengler, das in jenen Jahren Furore machte. Spengler behauptete darin, Preußentum und Sozialismus — »richtig verstandener Sozialismus« — seien immer dasselbe gewesen. Das zu behaupten, lag Niekisch fern. Wahrheitsliebend wie er war, sah er das historische Preußen als die ständisch-feudale, vorbürgerliche, erst recht vorsozialistische Gründung, die es wirklich gewesen war. Aber konnten Preußentum und Sozialismus vielleicht dasselbe werden?

Gemeinsam war ihnen immerhin mancherlei: ein asketischer Zug, eine hohe Disziplin der Selbstlosigkeit, ein säkularer, freidenkender Idealismus und schließlich ein unversöhnlicher Gegensatz zum individualistischen





A. Paul Weber: *»Der deutsche Abendländer bringt seine heiligsten Güter in Sicherheit«* **Einsatz von Regierungstruppen zur Niederwerfung der Revolution**

Bürgertum westlicher Prägung, zum liberalen Kapitalismus. »Die Schicksalslinie Preußens«, schrieb Niekisch, »steht in einem umgekehrten Verhältnis zur Schicksalslinie des deutschen bürgerlichen Weltgefühls; Preußen ist in dem Maße lebendig und ausgreifend, in dem das bürgerliche Weltgefühl versickert und verkümmert.«

Hatte die sozialistische Revolution nicht dieselbe Schicksalslinie? Konnte, ja mußte sie nicht, um in Deutschland zu siegen, sich mit der Staatsidee verbinden, wie sie das alte Preußen in Deutschland am reinsten verkörpert hatte? Gedanken dieser Art waren schon in den berühmten Gesprächen Bismarcks und Lassalles im Jahre 1863 aufgetaucht, auch gelegentlich bei Engels. Aber erst Niekisch dachte sie zu Ende und brachte sie in ein zusammenhängendes System.

Niekisch war zunächst und vor allem ein sozialistischer Revolutionär, seine tiefste und ursprünglichste Abneigung galt dem Besitzbürgertum, sein Trauma war die verratene und verlorene deutsche Revolution von 1918. Aber er war auch ein Preuße, und er litt auch an dem anderen großen deutschen Trauma von 1918/19: dem des verlorenen Krieges und des demütigenden Versailler Friedens. Zwei Fragen bohrten in dem Gefangenen in seiner Festungszelle: Wie kann man die Revolution doch noch zum Siege führen? Und: Wie kann man die Ketten von Versailles brechen? Die Antwort, die sich allmählich in ihm formte, hieß: Das eine durch das andere! Nur ein revolutionäres und sozialistisches Deutschland könnte, im Bunde mit dem revolutionären Rußland, dem bürgerlichen Westen, der Deutschland besiegt und beleidigt hatte, noch einmal Trotz bieten — ein nachbürgerliches Deutschland im Bunde mit dem nachbürgerlichen Rußland, so wie es 1813 des vorbürgerliche Preußen im Bunde mit dem vorbürgerlichen Rußland getan hatte. Und umgekehrt müßte sich aus dem nationalen Befreiungsimpuls die Kraft zur sozialen Revolution gewinnen lassen, wenn sich beweisen ließ, daß die Revolution eben die Vorbedingung der Befreiung war.

Daß sie das war, davon war Niekisch überzeugt! Denn das deutsche Bürgertum, das die Weimarer Republik beherrschte, blieb, so sah es Niekisch, mit tausend unsichtbaren Fesseln an den kapitalistischen Westen gebunden, auch wenn es sich noch so sehr gegen Versailles ereiferte und sich noch so nationalistisch gab. Nie würden diejenigen, denen es letzten Endes ums Geldverdienen und ums gute Leben ging, die moralische Kraft zur nationalen Emanzipation mit allen ihren materiellen Opfern aufbringen können.

Der Gedanke einer »preußischen« Politik gegen Versailles, also eines Bündnisses mit Rußland gegen den Westen, lag im damaligen Deutschland in der Luft: Er fand 1922 eine gewisse Verwirklichung im Vertrag von Rapallo und in den folgenden Jahren in der geheimen Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee. Nur blieb dieses Bündnis immer angefochten, immer auch etwas unnatürlich und auch zerbrechlich, solange Deutschland ein bürgerlich-kapitalistisches, Rußland ein proletarisch-sozialistisches Land war.

Niekisch sah tiefer als die Männer von Rapallo und die Männer der Reichswehr, wenn er erklärte, daß Deutschland eine soziale Revolution brauche, um sich für diese »preußische Außenpolitik« in Form zu bringen und sie wirklich durchzustehen. Die Frage war: Mit wem ließ sich die Revolution machen?

Der SPD, der er ursprünglich angehört hatte, hatte Niekisch schon 1919 angeekelt den Rücken gekehrt. (Er warf den Brief mit seiner Austrittserklärung unterwegs in den Briefkasten, während er, verhaftet, ins Untersuchungsgefängnis abgeführt wurde.) Eine Weile führte er, nach seiner Festungshaft, die Landtagsfraktion der bayerischen USPD. Als sich die USPD 1922 auflöste und zwischen SPD und KPD aufspaltete, wurde er politisch heimatlos. Er konnte sich keiner der beiden linken Parteien anschließen. Von der SPD trennte ihn neben der Erinnerung an 1918 ihre bürgerlich-pazifistische »Erfüllungspolitik«; von den Kommunisten ihr Internationalismus und ihre zunehmende Abhängigkeit von der Moskauer Internationale.

Niekisch war nie ein Internationalist; es war ihm selbstverständlich, in Staaten zu denken. Er wollte wohl das deutsche Bündnis mit Moskau, aber keine Moskauer Einmischung in deutsche Innenpolitik und keine Moskau-Hörigkeit. Eine Weile versuche er mit den Gewerkschaften zu arbeiten, dann mit den sächsischen »Altsozialisten«, einer heute vergessenen Abspaltung von der SPD. Aber das waren schwache Notbehelfe, und 1926 hatte sich Niekisch zu der Überzeugung durch





A. Paul Weber: *»Ich bin streng legal und bekämpfe den Bolschewismus in jeder Form«* **Hitler und Hindenburg:** *Arrangement mit dem kapitalistischen Großbürgertum*

gerungen, daß man politisch in Deutschland ganz von vorn anfangen müsse.

Für das, was er wollte, war keine bestehende Partei zu gebrauchen. Man mußte die Bewegung, die die soziale Revolution und mit ihr die nationale Befreiung tragen sollte, ganz neu von unten aufbauen. Er gründete die Zeitschrift »Widerstand«, er hielt Reden landauf, landab, und er begann, in vielen deutschen Städten die Zellen und Zirkel zu formen, die in den folgenden Jahren als »Widertstandskreis« von sich reden machten.

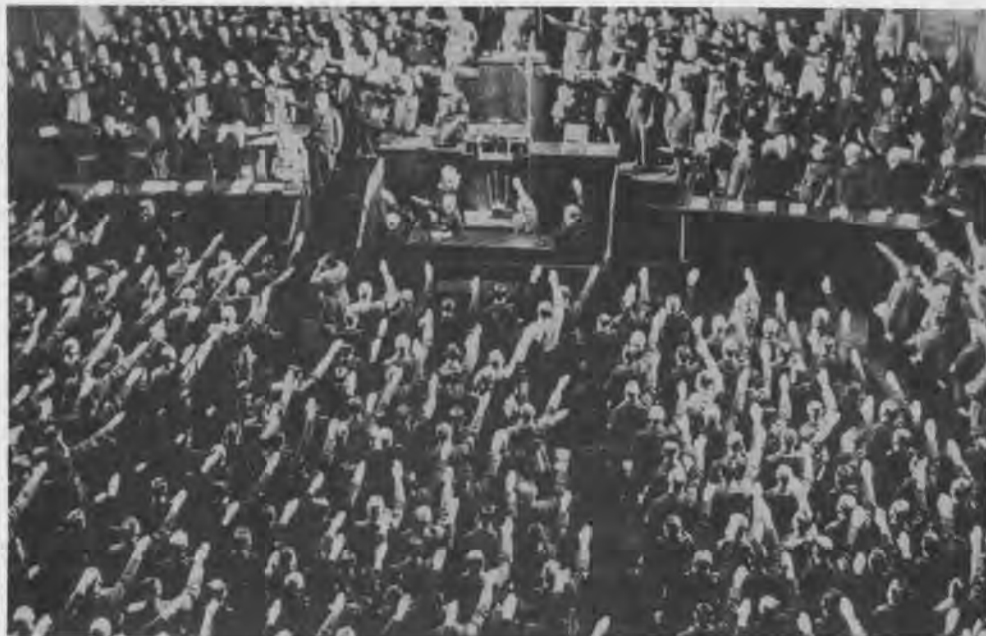
Ein solcher politischer Neubeginn war in den zwanziger Jahren in Deutschland nicht so phantastisch, wie er heute erscheinen mag; und äußerlich waren die Jahre nach 1926 die erfolgreichsten in Niekischs Leben. Sein Name wurde bekannt, er wurde zur öffentlichen Figur, er wurde von den verschiedensten Seiten umworben, und seine Ideen wurden leidenschaftlich diskutiert. Tatsächlich zeigten gerade diese Jahre seine schwächste Seite, und für seine Bewunderer sind es eher peinliche Jahre.

Niekisch war immer ein scharfer und tiefer politischer Denker und, wie sich später zeigen sollte, ein Mann von heroischer Tapferkeit. Ein praktischer Politiker war er nie! Er fehlte ihm fast alles dazu: die Wendigkeit, die Anpassungsfähigkeit, das unentbehrliche Quentchen Opportunismus, das Organisationsvermögen, das demagogische Talent, vielleicht sogar das urwüchsige, elementare Streben nach Macht und Erfolg, das das Grundkapital jedes Politikers ist. Statt dessen besaß er ein Übermaß an intellektueller Integrität, an abweisendem Stolz, an Eigensinn, ja an Querköpfigkeit. Der harte blaue Blick, mit dem er Dingen und Menschen auf den Grund sah, die Rückhaltlosigkeit, mit der er sein Leben lang sagte, was er dachte, gewann ihm wenig Freunde, gewiß keine Massenanhängerschaft; allenfalls ein paar begeisterte Schüler. Das, was er sich 1926 vorgenommen hatte, war mit Niekischs Arsenal von persönlichen Qualitäten nicht zu verwirklichen.

In gewissem Sinne konkurrierte er in diesen Jahren mit Hitler. Taktisch waren beide auf dasselbe aus: die Schaffung einer neuen politischen Bewegung, die die existierenden politischen Parteien überspülen und wegschwemmen sollte, um eine bestimmte vorgegebene politische Konzeption durchzusetzen. Beide wandten sich zunächst an dieselbe Schicht: die rebellische »bündische« Jugend jener Jahre, mit ihrem schweifenden, intellektuell ungefestigten Idealismus, ihrem Nationalismus, ihrer Opfer- und Abenteuerbereitschaft, ihrer »antikapitalistischen Sehnsucht«. Wer nicht genau hinhörte, mochte manchmal kaum viel Unterschied bemerken zwischen Hitlers »Nationalsozialismus« und Niekischs »Nationalbolschewismus«: Beide schwammen schließlich auf der nationalen Welle, beide waren Feinde der Weimarer Republik, beide umwarben die Jugend, und beide schlugen revolutionäre Töne an — Töne, die gebildeten Bürgern gleichermaßen unangenehm in den Ohren klangen. Man muß es zugeben, die Sprache Niekischs von 1930 klingt auch heutigen Ohren nicht immer angenehm, sie wurde mitunter steil und schrill. (Das Publikum, das man anspricht, färbt eben auf die Tonlage ab.)

In Wirklichkeit waren Hitler und Niekisch schon damals die schärfsten Antipoden, die es in Deutschland gab. Das einzig Gemeinsame war ihre Gegnerschaft zur Weimarer Republik, ihre Bereitschaft, die ohnehin Fallende zu stoßen und die Tote zu beerben. Im übrigen wollten sie in jeder Einzelheit das genaue Gegenteil: Hitler die nachträgliche Rache an den »Novemberverbrechern«, Niekisch den nachträglichen Sieg der Novemberrevolution; Hitler die faschistische Konterrevolution, Niekisch die sozialistische Revolution; Hitler den antibolschewistischen Kreuzzug und die Kolonisierung Rußlands mit stiller Beihilfe des Westens, Niekisch das Bündnis mit dem bolschewistischen Rußland gegen den Westen. Hitler dachte in Begriffen von Rasse und Raum, Niekisch in Begriffen von Klasse und Staat. Hitler wollte Massen einfangen für eine kapitalistisch-imperialistische Politik; Niekisch eine neue Elite gewinnen für eine Politik des preußisch-asketischen Sozialismus. Hitler hatte sich, bei aller »sozialistischen« Phrasendrescherei, längst mit dem kapitalistischen Großbürgertum arrangiert; für Niekisch war und blieb das kapitalistische Großbürgertum der eigentliche innere Feind. Was nebenbei erklärt, warum sich Hitlers Parteikassen füllten, während Niekischs »Widerstandsbewegung« immer arm und ein wenig sektenhaft blieb.

Aber das ist nicht die einzige Erklärung für Hitlers Erfolg und Niekischs





Niekischs Zeitschrift »Widerstand«: *fanfarenhafte Herausforderung* ***Hitlers Triumph:*** *der Reichstag gleichgeschaltet*

Mißerfolg. Man wird es zugeben müssen, daß der fürchterliche Hitler ein geborener Politiker war und der ehrenhafte Niekisch nicht. Hitler war ein großer Demagoge, der nicht zögerte, allen alles zu versprechen; Niekischs starre Rechtschaffenheit und Geradlinigkeit stieß Flugsand mehr ab, als sie ihn anzog. Hitler schloß unbedenklich Bündnisse nach allen Seiten; Niekisch wies beispielsweise Hugenbergs Bündnisanträge mit Schaudern ab. Vor allem: Hitler kannte sein Publikum; er spürte instinktiv, daß die bündische Jugend mit all ihrer Windjacken- und Lagerfeuerromantik im Grunde doch eine bürgerliche Jugend war, künftiges Material für seine SA und SS. Niekisch predigte der falschen Gemeinde; sein großer taktischer Irrtum war, daß er glaubte, die Rechte, oder doch Teile davon, für eine linke Politik einspannen zu können. (Es ist in Deutschland viel leichter, die Linke für eine rechte Politik einspannen zu können.)

Kurz, Niekisch scheiterte, wo Hitler triumphierte. Als praktischer Politiker versagte er zum zweiten Mal, und endgültig. In dem Wettlauf um die Nachfolge der Weimarer Republik, den er mit Hitler aufgenommen hatte, hatte er nie eine wirkliche Chance. Aber dieselben Eigenschaften, die ihm den Sieg verlegt hatten, machten ihn in der Niederlage groß.

Denn er blieb unbeugsam; er machte nach Hitlers Sieg weiter, als ob nichts geschehen wäre. Immer in persönlicher Gefahr, oft gewarnt, ein paarmal schon kurz verhaftet, fuhr er fort, zu reden und zu schreiben, was er immer geredet und geschrieben hatte. Und in der kahlgeschlagenen politischen Landschaft des gleichgeschalteten Deutschland von 1933 warf der einsame Opponent Niekisch plötzlich einen riesigen Schatten. Der »Widerstand« erschien, unerklärlicherweise, noch fast zwei Jahre lang. Er hieß immer noch »Widerstand« — was plötzlich fanfarenhaft herausfordernd klang; er predigte immer noch, was er immer gepredigt hatte. Erst Ende 1934 wurde er verboten.

Niekisch schrieb weiter. Da er keine Zeitschriftenartikel schreiben konnte, schrieb er Bücher — Bücher wie »Die dritte imperiale Figur« und »Das Reich der niederen Dämonen«, die in Maschinenschrift zirkulierten und das Schneidendste an Verdammung enthalten, was je über Hitler und sein Reich geschrieben worden ist. Andere hätten sich gehütet, solche Manuskripte auch nur in ihrer Wohnung zu haben. Niekisch versuchte allen Ernstes, sie von einem Züricher Verleger in der Schweiz herausbringen zu lassen, und das, ohne selber Emigrationspläne zu hegen. Er besuchte weiter seine »Widerstandszirkel« im Reich, und wenn er Auslandsreisen machte, nahm er Fühlung mit politischen Emigranten auf. Man kann seine Tätigkeit nicht eigentlich konspirativ nennen, denn wirkliche, konkrete Staatsstreichpläne hatte er nicht; es konnte sie in jenen Jahren wohl auch nicht geben.

Was Niekisch tat, war schlichte Herausforderung: Er verweigerte ostentativ die allgemein geübte Gleichschaltung, er trug seine Hitler-Feindschaft zur Schau, er bot sich gewissermaßen zum Märtyrertum an. Vielleicht war gerade das der Grund, daß er so erstaunlich lange ungeschoren blieb; vielleicht hielt auch irgendein heimlicher Anhänger irgendwo im Staatsapparat diskret eine schützende Hand über ihn. Jedenfalls blieb Niekisch mitten im Dritten Reich vier Jahre lang der letzte bekannte und erklärte offene, ja öffentliche Hitler-Feind. Dann war die Geduld oder die stille Protektion am Ende. Im März 1937 wurde er verhaftet, im Januar 1939 wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Erst im April 1945 befreite ihn die vorrückende Rote Armee aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden — als ein körperliches Wrack, halbblind und fast bewegungsunfähig.

In fast jedem Leben gibt es einen »Augenblick der Wahrheit« — eine Situation, die den Menschen, vielleicht ihm selber unbewußt, in seinem innersten Wesen zeigt, ganz nackt, ganz so, wie er wirklich ist. Manchmal ist solche Enthüllung peinlich, manchmal erschreckend, machmal ergreifend, oft komisch. Bei Niekisch ist sie erstaunlich.

Es war die Haft, die ihm seine letzte Wahrheit entriß. Er kämpfte heroisch gegen die Verzweiflung und die Haftpsychose an — nicht ganz erfolgreich, denn seine Lähmung, die sich später noch einmal ein wenig besserte, war höchstwahrscheinlich im Ursprung eine seelische Erkrankung; direkten körperlichen Mißhandlungen war er nicht ausgesetzt. Aber wie er die Haftkrankheit bekämpfte, das ist das Außerordentliche! »Ich erdachte mir ein System leiblicher und geistiger





A. Paul Weber: *»Des deutschen Volkes Weg«* ***Hitlers Bilanz:*** *»Der Ertrag der ganzen deutschen Geschichte erweist sich als ein schreckliches Nichts«*

Hygiene, das ich streng durchführte ... Dabei band ich mich an einen wohlüberlegten Stundenplan. In der ersten Stunde beschäftigte ich mich mit Philosophie, in der zweiten mit Soziologie, dann hing ich Gedanken über ein Buch nach, das ich zu schreiben beabsichtigte. Im Anschluß an das Essen setzte ich mein geistiges Training fort. Literaturgeschichte, Volkswirtschaftslehre, mitunter Mathematik, Fragen der Ästhetik waren die Gegenstände, auf die ich mich jetzt konzentrierte ... In der Regel hing ich meinen Meditationen laut sprechend nach; ich stellte mir vor, ein Auditorium vor mir zu haben, dem ich Vorträge hielt. Einmal war dieser Eindruck so stark, daß ich, als der Beamte aufschloß, um mir Brot zu bringen, längere Zeit benötigte, um mich wieder zurechtzufinden. Die Beamten mochten mich mitunter wohl für geistig angegriffen halten.«

Wenn Preußentum Disziplin — pedantische Disziplin — ist, durchgehalten auch im Unkontrollierbaren und scheinbar Sinnlosen, dann ist Niekischs einsame Selbst-Disziplin in der Zelle vielleicht der letzte, höchste und vergeistigste Extrakt des Preußentums, von dem die Geschichte weiß. Niekisch Tag für Tag — nach Stundenplan — in seiner Zelle einem nichtexistenten Publikum Vorträge haltend: Es klingt befremdend, imponierend bis zur halben Lächerlichkeit, fast unglaublich. Aber wir müssen ihm glauben, denn es existiert ein Zeugnis dieser heroisch-grotesken, asketischen intellektuellen Selbstzucht: sein — nicht nur dem Umfang nach — größtes Buch, »Europäische Bilanz«, das er 1945, unmittelbar nach der Befreiung, immer noch körperlich ein gebrochener Mann, unter Bedingungen unbeschreiblicher Not und Unbequemlichkeit, wie nach Diktat oder wie eine bloße Abschrift niederschrieb. Das Vorwort gibt die Erklärung: »Die ‚Europäische Bilanz' ist in den Tagen und mehr noch in den Nächten langer Gefangenschaft entstanden. Kein Buch war zur Hand, um darin nachzuschlagen. Für die Niederschrift fehlten Papier und Feder. Verfügbar war nur der Stoff, den das Gedächtnis aus vergangener Zeit behalten und aufbewahrt hatte; er war zu mobilisieren, und nirgends sonst konnte er, wenn er durchleuchtet und als Material des denkerischen und formenden Prozesses verwertet war, hinterlegt werden als in den Kammern der Erinnerung. Der Russe öffnete am 27. April 1945 das Tor zu neuer Freiheit. In kurzen vier Monaten war aufgezeichnet, was in acht Jahren langsam ausgereift war.

Die »Europäische Bilanz« ist eine radikale Abrechnung mit der gesamten europäischen Geschichte, insbesondere mit der europäischen Geistesgeschichte. Der Gefangene, dem die Gegenwart vermauert war und die Zukunft genommen schien, hatte sich als geistigen Freiheitsraum die Vergangenheit erobernd und beherrschend erschlossen — und eben damit den Anlauf genommen zu einer Wirkung in die ferne Zukunft, weit über seine verlorengegebene Lebenszeit hinaus. Der gescheiterte Politiker war zum Historiker, das heißt zum rückwärts gewandten Propheten geworden — nicht anders als einst der größte aller Historiker, der ja ebenfalls ein gescheiterter Politiker war: Thukydides.

Niekischs Geschichtsschreibung ist thukydideisch — das heißt nicht erzählend, schildernd und beschreibend, sondern »unterscheidend, wählend und richtend«. Er stellt nicht dar, er erklärt; er produziert keinen Bilderbogen, sondern einen Atlas. Und was er in der Vergangenheit sucht, das sind die Keime der Zukunft. Das ist es, was die »Europäische Bilanz« und ihre Vorstudie, die »Grundlinien europäischer Politik« aus dem Jahre 1935, die heute Geheimtips weniger Kenner sind, zu Büchern mit so unberechenbarer Fernwirkung macht. Es sind fordernde Bücher, Bücher, die zu verlangen scheinen, weitergeschrieben zu werden — mit Taten.

Mit einem ungeheuren literarisch-historischen Produktivitätsstoß, der seiner Befreiung fast unmittelbar folgte — die »Deutsche Daseinsverfehlung«, die »Legende von der Weimarer Republik« und die Autobiographie »Gewagtes Leben« gehören noch in dieselbe Periode —, war Niekischs Lebens- und Leistungshöhepunkt erreicht und überschritten. Was danach kommt, ist Abgesang. »Die Freiheit, die sich mir wieder aufgetan hatte, erwies sich als ein fast undurchdringliches Gestrüpp neuer, atembeengender Gebundenheiten.« Niekischs Gesundheit war zerstört, und er alterte jetzt. Tiefer Pessimismus — »Der Ertrag der ganzen deutschen Geschichte erweist sich als ein schreckliches Nichts« — wechselte mit einem flakkernden Aufleben angeborener politischer Leidenschaft.

Es war ein solches Aufflackern, das ihn dahinbrachte, 1945 das zu tun,

was er nach dem Ersten Weltkrieg nie über sich gebracht hatte: Er trat der KPD bei. Aber Ulbricht hatte keine wirkliche Verwendung für Niekisch. Seine Parteimitgliedschaft versandete. Die Bundesrepublik bestrafte ihn dafür, indem sie dem lebenslang Armgebliebenen, nun Alternden, Kranken und zunehmend Arbeitsunfähigen mit standhafter Schäbigkeit die Haftentschädigung verweigerte. Sein langer, quälender Kampf um seine Wiedergutmachung — der »Fall Niekisch« —, kurz vor seinem Tode schließlich noch mit einem mageren Vergleich leidlich beigelegt, war das Letzte, was in den fünfziger und sechziger Jahren noch über ihn durch die Zeitungen geisterte. Er war der Zeit fremd geworden, und er starb vergessen. Aber so sind manche großen Männer gestorben, die glorreich wiederauferstanden sind.

Ernst Niekisch hat für seine Auferstehung vorgesorgt. Das Korpus historisch-politischer Denkarbeit, das er hinterläßt, hat im Deutschland des zwanzigsten Jahrhundertes nicht seinesgleichen. Im Auggenblick ist es so etwas wie ein vergrabener Schatz, gehütet von einer Handvoll alter Kampfgefährten und dankbarer Schüler. Aber wo man seine Bücher aufschlägt — und einige, immerhin, sind in den letzten Jahren wieder aufgelegt worden —, sprühen Funken, und man fühlt elektrische Schläge. Es ist viel Zukunft in diesem Werk.

Sogar, fern von Deutschland, heute schon viel Gegenwart. Niekischs politischer Grundgedanke, daß nationale Befreiung und sozialistische Revolution dasselbe sind, die beiden Seiten derselben Münze: was ist er anderes als die gemeinsame Maxime der Taten Maos und Ho Tschi Minhs, Fidel Castros, Che Guevaras und Chomeinis? Die antibürgerlichen, antikapitalistischen, antiwestlichen Revolutionsparteien der Dritten Welt tragen alle denselben Namen: FLN — zu deutsch: Nationale Befreiungsfront. Die sozialistische Revolution trägt überall die nationalistische Fahne! So unwahrscheinlich es klingen mag: der wahre Theoretiker der Weltrevolution, die heute im Gange ist, ist nicht Marx und nicht einmal Lenin. Es ist Niekisch.

Ob seine Gedanken in ihrem Ursprungsland noch einmal historisch wirksam werden, steht bei einer ferneren Zukunft. Deutschland ist heute, wie Niekisch selbst in einem Augenblick tiefer Resignation nach dem Zweiten Weltkrieg schrieb, »zum Gegenstand organisierender Zwangsläufigkeiten von Großraumimperien geworden. Dagegen kommt keine ehrgeizige Auflehnung mehr auf.« Man kann, um des europäischen Friedens willen, eine solche Auflehnung heute nicht einmal wünschen, und der alte, traurige, resignierte Niekisch der letzten Jahrzehnte würde zustimmen. Er riet in dieser Stimmung selber dem deutschen Volke zur Selbstbescheidung: Es muß sich bewußt auf einen kleinen politischen Fuß umstellen.«

Und doch, und doch! Die Weltgeschichte ist lang, die Völker dauern, die Konstellationen wechseln, und die Ideen kommen wieder. Es ist schwer zu glauben, daß in einer revolutionären Welt Europa allein für immer im induzierten Schlaf des amerikanisch-sowjetischen Friedens dahimdämmern wird. Auch Deutschland wird unvermeidlich eines Tages in die Geschichte zurückkehren, mit dem, was Niekisch einen »eigenen deutschen Gestaltungs- und Machtwillen« nannte. Und vielleicht bewahrheitet sich dann sogar, was er im nächsten Satz hinzufügte: »Schlägt dieser durch, so erblickt man sogleich ein preußisches Antlitz.«

Verhängnis

Der Nationalsozialismus ist kein Beginn — er ist ein Ende. Er ist der Ausklang der wilhelminischen Zeit; in ihm schwingt sie noch fort. Ihr Geist, ihre Stimmung lohen aus ihm noch einmal wie die Flamme aus einer erstickenden Glut. Die wilhelminische Zeit liegt im Verröcheln; der Nationalsozialismus ist die Summe ihrer Fieberphantasien, in der sie wirr und heiß ihr Dasein zurückschauend überschlägt. Während die Quellen des Lebens schon versiegen, entzündet sich an jagenden Pulsen noch ein letzter Traum von Kraft. Noch einmal versammeln sich alle Elemente der wilhelminischen Zeit zu einem aufgepeitschten, geisterhaften Spuk. Der Byzantinismus wird wieder wach, und zwar abermals vor einem weichen, haltlosen und richtungslosen Mann, der nur dürftig hinter Cäsarengebärden versteckt, welch armseliger Spielball der Ereignisse er ist. Ein seichter Optimismus tänzelt am Rande schauerlicher Abgründe entlang und ahnt nicht, was er tut. Ein blutiger Dilettantismus mischt die Finger in alle Dinge und spürt nicht, was er zerstört. Man weiß nicht, was man will, und füllt infolgedessen die Lücke mit Taktik aus; wo zuviel Taktik ist, steht in der Regel nichts mehr im Hintergrund. Man spielt sich parvenühaft auf; jeder soll wissen, wer man ist. „Schwarzseher und Nörgler" werden nicht geduldet; wer nachdenklich ist, erweckt Zweifel an der Zuverlässigkeit seiner rechten nationalen Gesinnung. Man wähnt, daß Rausch und Vaterlandsliebe dasselbe sei; man hält den für einen schlechten Patrioten, der darauf achtet, daß sein Kopf klar und sein Sinn nüchtern bleibe. Wo irgendeine politische Schwierigkeit auftauscht, soll unverzüglich der drohende Aufmarsch der kriegerischen Mannschaft helfen. Man hat Macht; man gebraucht sie indes ausschließlich dazu, sie bis zum letzten Rest zu verwirtschaften. Man proklamiert zahllose „Ideen", aber man hat keine Idee. Man verfügt über ein köstliches Erbe, über wundervolle Energien; sie bringen einen jedoch nicht weiter als bis — in den Wald von Compiègne.

Das Ergebnis des unerhörten Aufwandes ist am Schluß die Katastrophe. Sogar das ist wilhelminisches Schicksal noch einmal: wie das wehrhafte Hohenzollernsche Reich sich im habsburgisch-katholischen Schlepptau in sein Verderben verstrickte, so treibt die nationale Bewegung Deutschlands unter österreichisch-romanischer Färbung dem Schicksal ihrer hoffnungslosen Verohnmachtung entgegen.

Als das Hohenzollernsche Reich niedergebrochen war, verlor sich die Fülle deutscher Willens- und Selbstbehauptungskräfte, die bisher in politisch-staatlicher Form zusammengefaßt gewesen waren, ins Gestaltlose. Sie flossen zu einem wirbelnden Chaos zusammen; die romanisch-westlerische, die Versailler Welt witterte darin sogleich den Herd kommenden unberechenbaren Unheils. Der Nationalsozialismus band, organisierte, „kanalisierte" die wüsten Energien dieses Chaos. Er zwang ihnen die Richtung gegen den Osten auf; die romanischen Instinkte des Führers übten eine versteckte Solidarität mit dem um seine Zukunft zitternden Abendland. Nutzlos verströmten sich in dieser falschen Bahn die Unheimlichkeiten des deutschen Raumes; schon wirft der Augenblick seine Schatten voraus, in dem sie in einem unfruchtbaren Überschwang bis zur letzten Spannung verpuffen werden. Ein ermattetes, erschöpftes, enttäuschtes Volk bleibt dann zurück, das alle Hoffnung fahren läßt und müde am Sinn jeder ferneren deutschen Gegenwehr verzweifelt. Die Versailler Ordnung aber wird gefestigter sein, als sie es jemals war.

(Schlußkapitel aus: Ernst Niekisch, Hitler — ein deutsches Verhängnis, Berlin: Widerstandsverlag, 1932, S. 35—36.)

Dokument (Von dieser Flugschrift wurden in Dresden, Zwickau, Leipzig, Wismar und Rostock bereits 30.000 Expl. verteilt)

GRUPPE-146

Studentische Vereinigung, Universität Hamburg

DEUTSCHLAND, EINIG VATERLAND

Die »GRUPPE 146« wurde im Januar 1989 von Studenten der Universität Hamburg gegründet. Sie setzten und setzen es sich zur Aufgabe, die Diskussion um die Deutsche Frage zu beleben und ihre nationalen, europäischen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Aspekte zu untersuchen. Ziel dieses Bemühens ist die deutsche Einheit in Freiheit mit einer von allen Deutschen in freier Selbstbestimmung beschlossenen Verfassung, wie es im **Art. 146 des Grundgesetzes** der Bundesrepublik Deutschland heißt: »Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.«
Die Mitglieder der »GRUPPE 146« kommen aus unterschiedlichen politischen Richtungen und Parteien, aus der BRD und auch aus der DDR, — insgesamt aber stimmen sie einem politischen, ökonomischen und sozialen Modell, ähnlich wie es die Bundesrepublik entwickelt hat, zu.

Bedeutet Einheit Anschluß?

Das bedeutet aber keineswegs einen »Anschluß« der DDR an die BRD. Wer mit Begriffen wie »Anschluß« oder »Bevormundung« argumentiert, denkt immer noch in den Kategorien »wir hüben / ihr drüben«. Diese Kategorie ist aber falsch, wie wir spätestens seit dem 9. November 1989 wissen: Es gibt nur eine deutsche Nation, in der der eine für den anderen einzustehen hat.
Innerhalb dieser deutschen Nation ist es das unschätzbare Verdienst der Deutschen in der DDR, **politischer Motor** der Überwindung des status quo und eines Prozesses zur Wiedererlangung der deutschen Einheit geworden zu sein. Sie erkämpfen sich eine Demokratie selbst (mit friedlichen Mitteln), die den Deutschen im Westen als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges in den Schoß fiel.
Die Deutschen in der BRD übernehmen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke, die aus der sozialen Marktwirtschaft resultiert, den **ökonomischen Part** zur Überwindung der Teilung der Nation.

Bewegung von unten

Die **staatliche Einheit der Deutschen**, die wir als Ziel anstreben, wollen wir auf friedlichem Wege erreichen, und es scheint uns dabei müßig, ob man diesen Prozeß »Wiedervereinigung« oder »Neuvereinigung« nennt. Entscheidend ist vielmehr, daß seit dem Montag, 9. Oktober 1989, als in Leipzig die Freiheitsfrage gegen die undemokratische SED-DDR von der Bevölkerung aufgeworfen wurde, die nationale Frage nicht mehr wegzudiskutieren ist. Diese nationale Frage wurde nicht von den Regierenden aufgeworfen, sondern vom Volk, »von unten« — die Einigungsbewegung »von unten«, die 1848 gescheitert ist, wird dieses Mal als historische Chance genutzt werden. Denn: **»Wir sind ein Volk«.**

Die Situation spitzt sich zu

Angesichts der dramatischen Lage und der revolutionären Umbruchsituation in der DDR halten wir den Grundgedanken aller bisherigen deutschlandpolitischen Pläne, die von einem mehr oder minder langsamen Zusammenwachsen von BRD und DDR ausgehen, für überholt und nicht situationsgerecht. Der weitergehende Prozeß der Abwanderung von Arbeitskräften aus der DDR (nach wie vor sind es weit über 10.000 pro Woche) führt nämlich zu einem von Tag zu Tag größeren Abstand zwischen der DDR, wo die Versorgung in vielen Bereichen nicht mehr gesichert ist, und der BRD, wo die neuen Arbeitskräfte den Wirtschafts- und Rentenmarkt noch leistungsfähiger machen. Wir setzen uns daher für die **sofortige Einheit** Deutschlands (**»Einheit jetzt«**) ein. Zur Verwirklichung schlagen wir einen **Zwei-Stufen-Plan** vor.

Der Zwei-Stufen-Plan der »GRUPPE 146«

1. Stufe: Die Verwirklichung der Einheit auf politischer Ebene. Praktisch hieße das: Die DDR gibt sich über eine Verwaltungsanordnung wieder eine Länderstruktur. Die politischen Parteien organisieren sich gesamtdeutsch und länderweise. Es gibt nur eine gesamtdeutsche Staatsangehörigkeit. Nach der Durchführung von **Landtagswahlen** am 6. Mai 1990 in der DDR wird im **Herbst 1990** eine **gesamtdeutsche Regierung** zu wählen sein.

2. Stufe: Die Wiederherstellung eines einheitlichen Wirtschafts- und Sozialraumes in Deutschland. Der wirtschaftliche, soziale und ökologische Wiederaufbau bzw. die wirtschaftliche Modernisierung kann zeitgleich mit der politischen Einheit beginnen, wird aber einen längeren Zeitraum (fünf Jahre?) benötigen. Die Einführung der DM als einziger Währung in ganz Deutschland beschränkt Wucher und hilft, Übergangsschutzvorschriften (z.B. vor Bodenspekulation) unbürokratisch klein zu halten.

Der sicherheitspolitische Status

Das geeinte Deutschland, das wir anstreben, soll zu einer Brücke zwischen Ost und West und einem gemeinsamen Zimmer im europäischen Haus werden. **Außen- und sicherheitspolitisch** wird dieses Deutschland in Übereinstimmung mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges einen militärischen Status einnehmen müssen, der für alle Seiten akzeptabel ist und die Sicherheitsbelange des Ostens wie des Westens berücksichtigt.

Die »GRUPPE 146« fordert zur Gründung weiterer überparteilicher »GRUPPEN 146«, insbesondere in der DDR, auf. *Unser politischer* ***Minimalkonsens*** *sollte in der Verwirklichung der* ***staatlichen Einheit*** *der deutschen Nation in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen System bestehen.*

Kontaktanschrift: Lutz Heckel, Schulweg 1, 2093 Ashausen

Henning Eichberg

Brief an einen vormals grünen Republikaner

Lieber A.,

nun bist Du also Republikaner. Der große Aufbruch einer neuen Rechtspartei reißt Dich mit. Hier können wir endlich etwas für die Lösung der deutschen Frage tun, sagst Du.

Es geht um mehr als um die Mitgliedschaft in einer Partei.

Mit Deiner Entscheidung trägst Du dazu bei, ein Jahrhundertprojekt (in Dir) zu begraben. Das macht mich tief betroffen. In ein paar Jahren wirst Du vor einem Scherbenhaufen stehen.

Deine Überlegungen glaube ich verstanden zu haben und nehme sie ernst:

(1.) Die Frage des geteilten und besetzten Deutschland ist Dir von zentraler Bedeutung. Du hast versucht, dazu bei den Grünen Alternativen zu entwickeln, weil von den Altparteien nichts mehr zu erwarten war. Die Vision einer Abkoppelung von den Blöcken in Ost und West hat als »Nationalneutralismus« Beunruhigung ausgelöst, fruchtbare Beunruhigung. Plötzlich kommen, gerade in diesen Tagen, neue Signale aus Moskau, die von »den Deutschen und Russen« sprechen, von Völkern, die in einem »europäischen Haus« zusammenleben können — auf neue Art. (Und die kalten Krieger dies- und jenseits des Atlantiks entdecken bestürzt »die schreckliche Saat des Antiamerikanismus«.) — Aber was geschieht in Westdeutschland? Die Grünen, Hoffnungsträger des »Neutralismus«, drehen auf NATO-Kurs, Joschka Fischer mit seinen machtstreberischen Realos an der Spitze. Alles scheint wieder beim alten, wie zu Adenauers Zeiten.

Wer soll in dieser Situation mit den Russen sprechen, die Deutschen begegnen wollen und westdeutsch-amerikanische Teilstaatler treffen? — fragst Du. Kurz und gut (gar nicht gut) — Du setzt auf die REPs als neutralistische Partei.

(2.) Die Neutralismusfrage ist zugleich nur der politische Teilaspekt eines umfassenderen Problems: der nationalen Frage. Die stellt sich heute — am Vorabend des »Gemeinsamen Markts« — für alle Völker Europas neu, auch für die Deutschen. Treten die Nationalstaaten ab aus der Geschichte? Treten mit ihnen — was etwas ganz anderes ist — auch die Völker ab als die handelnden Subjekte und als die Basis der Demokratie?

Darüber wolltest Du bei den Grünen ein Gespräch in Gang bringen. Ihr dachtet, mit Eurem persönlichen Gepäck aus den Zeiten, da Ihr dem SDS oder der Liga gegen den Imperialismus oder der KPD (Rote Fahne) angehörtet, könntet Ihr Gehör erwarten. Es ging ganz anders. Du wurdest in die Nazi-Ecke gestellt. Eure Überlegungen nahm man überhaupt nicht zur Kenntnis. Nationale Identität sei kein Thema. Und Heimat auch nicht,



und Region, und kulturelle Identität überhaupt. Da nützte die Qualität der Aussagen nichts — weder von Rudolf Bahro und Wolf Biermann noch von Peter Brandt und Herbert Ammon, weder von Martin Walser noch von Stefan Heym, weder von Peter Schneider, Walter Mossmann, Heinrich Böll noch von Robert Havemann, Rudi Dutschke, Wolfgang Venohr, weder von Alfred Mechtersheimer noch von Günther Nenning. Alles nur »Einzelgänger« der nationalen und antikolonialen Frage (sagst Du).

Kurz und schlecht, Du siehst da keine Hoffnung mehr. Die deutsche Linke habe die nationale Frage abgewiesen. Sie will den Status quo verwalten. Und Du gehst zu den Republikanern als der »nationalen Partei«.

(3.) All dies hat nicht nur eine inhaltliche Seite. Es gibt auch Erfahrungen mit der Art des Umgangs miteinander. (Vielleicht ist dieser Umgang überhaupt der eigentliche Inhalt der politischen Kultur, an dem sich alles entscheidet?) Die Grünen als Partei haben auf das Neudenken mit Denunziationen und Parteiausschlüssen geantwortet. Verschwörungstheorien wurden in Umlauf gesetzt, wie es sonst nur auf der äußersten Rechten üblich ist — nur um nicht inhaltlich diskutieren zu müssen. So als würden die Grünen von der NPD unterwandert, wenn man nachdenkliche Fragen stellt. Schließlich hat man Dich aus Tagungsräumen hinausgeprügelt, nur weil Du in Deiner Zeitschrift eine inhaltliche Minderheitsposition angeboten hast. Und das in einer Partei der Gewaltlosigkeit und der Achtung vor Minderheiten! »Man hat doch noch eine Selbstachtung«, sagst Du. »Was in aller Welt hätten wir denn tun sollen?« Und: »Bei den REPs nimmt man uns mit offenen Armen auf.«

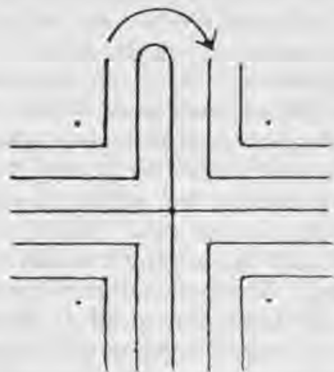
Ebendort liegt das Problem.

Worum ging es denn in unserer jahrelangen Zusammenarbeit? Es ging um ein Jahrhundertprojekt. Die nationale Frage hat sich in Deutschland seit dem Scheitern von 1848 in den Händen der Rechten befunden, und das ist Deutschland schlecht bekommen. Wie immer man »rechts« definieren mag, dort wurde das Nationale vermischt und amalgamiert mit Reichsträumereien und Imperialismus, mit preußischer Staatsverherrlichung und antidemokratischen Haltungen, mit Kolonialstreben und rassistischen Theorien, mit Kriegslyrik und Militarismus, mit Minderheitenfeindlichkeit und Antisemitismus, mit dem bürgerlichen Ressentiment gegen die Arbeiterklasse (»Antikommunismus«), mit dem mittelständischen Mißtrauen gegen die »zersetzenden« Intellektuellen. Und nicht zuletzt: mit patriotisch-patriarchalischem Gehabe, das sich zwar im Takt mit der industriellen Männerkultur befand, nicht aber mit der realen Basis des »Mutterlandes«. — Das Zentrum der deutschen Frage, die Selbstverwirklichung des V o l k e s, geriet dabei aus dem Blick. Des Volkes — jener dunklen matriarchalen Größe in unserem kollektiven Leben.

Die Spaltung zwischen einer »nationalen« Rechten und einer »antinationalen« Linken war nicht nur ein zufälliger Fehler. Sie hatte tiefe Wurzeln in einer »deutschen Neurose« (Wie Lorković sie nennt), die sich wohl nur in sozialpsychologischen (ethnopsychiatrischen) Kategorien beschreiben läßt: Deutschland ein Welt-

bürgerkriegsland durch die Jahrhunderte hindurch, ein Land der Überanpassung an das Römische Reich und dann an andere importierte Zivilisationsmodelle, ein Land auf der Suche nach Endlösungen. Ein innerlich zerrissenes, mit sich selbst zerfallenes Land. Zerrissenheit als Teil der nationalen Identität — und darum rechts gegen links.

Wir, du und ich, haben seit den Jahren um 1968 geahnt und schließlich dazugelernt, daß diese geschichtliche Prägung der nationalen Frage ein Grundproblem des deutschen

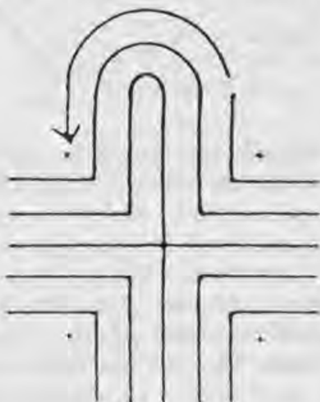


Selbstverständnisses darstellt. Konnte sie verändert werden? Sie mußte verändert werden, wenn sich irgend am Pulverfaß des geteilten Deutschland etwas ändern sollte. Das war der Grundgedanke einer »nationalrevolutionären« Neuorientierung — verstanden als Gegenzug zum »Nationalkonservativen«, zur Festschreibung und Perpetuierung der deutschen Misere.

In den siebziger Jahren ließ sich das gut an. In der Folge des Aufbruchs von 1968 entstanden neue soziale Bewegungen und neue Diskurse, die dem entgegenkamen. »Deutschland ist ein besetztes Land« war die Entdeckung der Friedensbewegung, und deren Gegner charakterisierten sie treffend als eine »deutschnationale Erwekkungsbewegung«. — Zur gleichen Zeit wurde der Rechten ein anderes Thema streitig gemacht, das sie ebenfalls schlecht verwaltet hatte: die ökologische Frage. Die konservative Kulturkritik hatte zwar das Umweltproblem frühzeitig mit ihren Diskursen besetzt, aber zugleich war gerade der konservative »Fortschritt« — Produktivismus, Kapitalismus, Autobahngesellschaft — die wirksamste Zerstörungsmaschine. In den siebziger Jahren wachten endlich Teile der Linken aus ihrem Wachstums- und Fortschrittstraum auf. Daraus wurde die grüne Bewegung, ebenfalls ein Jahrhundertprojekt, jenseits der alten Gräben von rechts und links. Offenbar lag dem allem ein tiefgehender (?) gesellschaftlicher Wandel zugrunde, eine neue — postindustrielle? — Situation.

Nun, in den achtziger Jahren, soll das vorbei sein? — Die Grünen als Partei haben sich bisher eher schlecht als recht des großen Projekts angenommen, das sei eingeräumt. Ein anderes Deutschland — Ökopax und Abkoppelung? Demgegenüber beharrte so mancher lernunwillig auf den Einsichten und stalinistischen Uneinsichtigkeiten von vor 1968. — Und nun taucht die neue Rechtspartei auf und bietet sich als Projektionsfläche an für alle die unerfüllten Wünsche und Hoffnungen, gut national — und ökologisch noch dazu. Jetzt gilt es wieder: »rechts« oder »links«! Wir sind zurückgeboxt in die Bürgerkriegsgräben der alten deutschen Neurose.

Damit landet die deutsche Frage wieder dort, wo sie politisch seit hundert Jahren verwaltet worden ist. Und nun erscheinen Eure Flugblätter zum »nationalrevolutionären« Umdenken Seite an Seite mit den republikani-



schen Parolen der Ausländerfeindschaft, der NS-Vergangenheitsbewältigung und des Law and order, mit den klassischen Themen einer klassischen Rechtspartei. Sie erscheinen an der Seite jener postmodernen Schickimickies, die Staat und Preußentum (mit Carl Schmitt) und industriellen Heroismus (mit dem Ernst Jünger von 1932) wieder groß herausstellen. Und nun gar an der Seite der Leute Le Pens und des italienischen MSI! (Befrage die mal zur Mutter- und Zweisprachigkeit im Elsaß, in der Bretagne und in Südtirol!)

Es gibt ein paar Kriterien, an denen Du das Experiment REP in den kommenden Monaten selbst durchprüfen kannst:

(1.) Die Minderheitenfrage: Frage



doch einmal herum, wie man sich das Zusammenleben mit den Sinti (»Zigeunern«) vorstellt. Du wirst bei dieser Polizistenpartei Dein blaues Wunder erleben.

Das ist keine Randfrage. Es ist die Grundfrage, wie man zum Volklichen steht — zum eigenen, zum fremden und zu alldem dazwischen. — Es ist auch kein Zufall, daß ein Großteil derjenigen, die gerade in unseren Tagen fruchtbar über die Identitätsfrage nachgedacht haben — Norbert Elias und Günther Nenning, Robert Jungk und Walter Laqueur, Stefan Heym und Wolf Biermann —, das aus einer deutsch-jüdischen Herkunft und Betroffenheit heraus taten.

(2.) Die geschlechtspolitische Frage: Welche Rolle spielen Frauen bei den REPs? Und wie verhält sich diese Wirklichkeit zum mutterländischen Kern der deutschen Frage?

(3.) Die Frage des Umgangs: Was für eine politische Kultur erlebst Du in der neuen Partei? Wie wird da um Posten gekämpft? Wird das die Partei der deutschen Nachdenklichkeit, die wir brauchen (und gerade zu einer Zeit, da am »anderen« Flügel Peter Glotz die Nachdenklichkeit für gefährlich erklärt)? Die Unterdrückung der innerparteilichen Diskussion, die Schnelligkeit der Parteiausschlüsse, das Strebertum ... Du kannst es ja mit Deinen Erfahrungen bei den Grünen vergleichen.

Nun kannst Du meine Bemerkungen so auffassen, als ginge es allein um menschliches Versagen, das durch (Deinen) menschlichen Einsatz korrigiert werden könnte. Das wäre ein Mißverständnis. Es geht um die Konsequenzen aus der deutschen Misere, die eben auch zur deutschen Identität gehört: Deutschland als neurotisiertes Bürgerkriegsland. Das Auftauchen der Republikaner und das bevorstehende Scheitern Eures Vorhabens wird jenen Denkansatz letztlich bestätigen, daß wir nicht um das Jahrhundertprojekt herumkommen, die deutsche gegen den »rechten« Strich« zu bürsten.

Laß uns über die Grenzen des westdeutschen Staats hinausschauen. Ich habe mich oft gefragt, warum man hier in Dänemark ohne eine solche Misere lebt. Nicht daß es hier keine Probleme gäbe — o nein! Aber in Dänemark gehört die nationale Frage — Selbstbestimmung des dänischen Volkes — zur Tradition der Demokraten und Sozialisten , von N.F.S. Grundtvig um 1848 bis zur Auseinandersetzung um die EG als den neuen Superstaat. Darum steht bei dänischen Wahlen die entschieden linke Partei, die Volkssozialisten, stärker als in irgendeinem anderen europäischen Land. Und darum ist die dänische äußere Rechte eben nicht »national« (sondern eher proeuropäisch) und im übrigen verbunden mit dem vielsagenden Namen »Fortschrittspartei«. — Warum ist das alles in Deutschland anders gelaufen? Warum kam Herders Volksbegriff eher beim Dänen Grundtvig und in den dänischen Volkshochschulen an als bei der deutschen Rechten oder Linken (und im übrigen auch eher bei den Nachdenklichen der Dritten Welt und im deutschen Judentum, um Martin Buber und Gustav Landauer)? Zur Logik dieses Prozesses gehört es, daß die am meisten »nationalen« (ja »nationalistischen«) Milieus Dänemarks, eben die Heimvolkshochschulen, zugleich die Stätten intensivster Ausländerbegegnung sind, der gelebten Solidarität mit Einwanderern und Flüchtlingen. Warum kann man sich das in Deutschland so schwer vorstellen?

Laß uns noch über eine andere Grenze schauen, nun nach Deutschland, aber in ein anderes. In diesen Tagen ist die Diskussion um eine vierte deutsche Republik aufgeflammt, um die Wiederbegründung jener sowjetdeutschen Republik, die Stalin einst ausgerottet hat. Auf dramatische Weise macht man uns damit darauf aufmerksam, daß das deutsche Volk eben nicht nur aus den drei Staaten BRD, Österreich und DDR besteht. Wie immer auch die Diskussion ausgehen wird: dort — in Kasachstan, in Moskau, an der Wolga — wird wirklich eine deutsche Frage behandelt. Es ist nicht die des deutschen Einheitsstaates, nicht die des Reichs, nicht die der »nationalen Rechten« gegen die »unnationale Linke« oder wie die neurotisierenden Formeln sonst heißen mögen. Sondern die Frage einer volklichen Verselbständigung und einer deutschen Republik (unter anderen deutschen und nichtdeutschen Republiken).

Wenn Du das mitdenkst, wirst Du meine Gewißheit verstehen, daß wir von der westdeutschen Rechtspartei entweder nichts zu erwarten haben (weil sie bald wieder verschwindet) oder aber ein Desaster.

Laß uns weiter miteinander sprechen.

Adenauers Verfassungsbruch und die Fortdauer der nationalen Unfreiheit

Presseerklärung des Neuen Deutschen Nationalvereins

Zu der Dokumentensuche bezüglich der Haltung des ersten Bundeskanzlers in der Deutschlandfrage erklärte der Vorsitzende des Neuen Deutschen Nationalvereins, Dr. Harald Rüddenklau:

Die Nachforschungen über bestimmte Schritte Adenauers in der Deutschlandfrage können nicht mit dem Hinweis auf »verschwundene Akten« beendet werden. Ein derartiger Hinweis bringt keine Klärung.

Nach der Entdeckung der Kirkpatrick-Aufzeichnung aus dem Jahre 1955 — die Westintegration Westdeutschlands sei, so Adenauer, wichtiger als die Einigung Deutschlands, verbunden mit dem Eingeständnis, es sei für seine, Adenauers, Position *»ganz verheerend«*, wenn dieser Sachverhalt in Deutschland bekannt würde — sind alle einschlägigen Hinweise und Zusammenhänge um so aufklärungsbedürftiger. Das Ausschlagen von Möglichkeiten, die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit zu erlangen, bedeutete einen Verfassungsbruch und gleichermaßen die Fortdauer der nationalen Unfreiheit des deutschen Volkes, in erster Linie der Deutschen in den verschiedenen Teilen Deutschlands jenseits der Zonengrenze von Lübeck bis Hof.

Es war der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, der im Jahre 1979 — also noch vor Entdeckung der Kirkpatrick-Aufzeichnung — dreimal auf weitere Anschläge Adenauers gegen die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands hinwies:

1. Am 31. Januar 1979 gab Wehner dem holländischen »Handelsblatt« ein Interview, in dem er u.a. ausführte, Adenauer habe seinerzeit mit den drei Westmächten *»schriftlich vereinbart, die Wiedervereinigung der drei Westzonen mit der Ostzone selbst dann zu blockieren, wenn die Sowjets freien Wahlen der Deutschen in Ost und West unter UNO-Aufsicht zugestimmt hätten. Auch damals, so Wehner, sei der Westen entschlossen gewesen, ein mögliches Entgegenkommen der Sowjets von vornherein zu ignorieren und sie dann für das Scheitern verantwortlich zu machen: ‚Damals gab es eine Abmachung zwischen den drei Westmächten und dem damaligen Bundeskanzler, schriftlich — ich habe die Unterlage gehabt —, wonach auch, wenn ein solches Plebiszit dort drüben und hier positiv ausgehe, noch viele Jahre die Bundesrepublik als Staat erhalten bleiben müsse, damit das, was hier getan worden ist, Verfassung und Einrichtungen, nicht aufginge wie ein Stück Zucker in einem Waschlappen.'«* (Quelle: Der Spiegel, Nr. 7 vom 12.2.1979, S. 22)
2. Am 19. März erklärte Wehner in einer Presseerklärung der SPD-Fraktion aus Anlaß des 20. Jahrestages des Deutschlandplanes u.a.: *»Archivfunde, die späteren Historikergenerationen vorbehalten sein mögen, werden belegen, daß die am Ende der fünfziger Jahre verantwortliche Bundesregierung gegenüber den westlichen Verbündeten bekundet hat, auf das, was damals realistischerweise noch Wiedervereinigung genannt werden konnte, verzichten zu wollen, mehr noch, bewußt mögliche Chancen nicht zu ergreifen, die auszutesten die damalige Opposition drängte.:* (Quelle: Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Nr. 307 vom 19.3.1979)
3. Am 7. Oktober 1979 führte Wehner vor dem »Arbeitskreis ehemaliger sozialdemokratischer Häftlinge der SBZ/DDR« u.a. aus, daß aus *»Geheimpapieren«*, die er gelesen habe, hervorgehe, daß in den fünfziger Jahren *»die damalige Bundesregierung mit den Westalliierten Vereinbarungen getroffen hat«*, daß selbst gemeinsame Wahlen in beiden Teilen Deutschlands unter UN-Kontrolle *»keineswegs bedeuten dürften, daß mit der Wiedervereinigung die Bundesrepublik verschwände«*. Es müßten erst Projekte wie *»die Europäische Verteidigungsgemeinschaft«* zu Ende geführt werden. Die Union *»lügt«* deshalb, wenn sie behaupte, sie hätte für die Wiedervereinigung die ganze Zeit das Menschenmögliche getan. (Quelle: Die Welt vom 8.10.1979)

Der Neue Deutsche Nationalverein rät der Bundesregierung dringend zur rückhaltlosen Aufdeckung der vollen Wahrheit; er empfiehlt zu diesem Zweck die Einsetzung einer unabhängigen Historiker-Kommission. Sie sollte mit der Prüfung und Veröffentlichung der einschlägigen Unterlagen betraut werden. Die Bundesregierung sollte ihr freien Zugang zu allen diesbezüglichen Aktenbeständen verschaffen und zugleich die westalliierten Mächte um umfassende Unterstützung bei der Aufklärung bitten.


Frank D
FUC

Einer schwamm immer gegen den Strom

Zum Tode des deutschen Neutralisten August Haußleiter

Von Richard Sperber

Wenige Tage nach meiner Rückkehr von einer Amerikareise erreichte mich die Nachricht, daß der Journalist August Haußleiter, einer der letzten führenden Köpfe der deutschen Neutralitätsbewegung der fünfziger Jahre, am Samstag, den 8. Juli 1989 in München im 85. Lebensjahr verstorben ist.

Ich kannte Haußleiter schon seit meinen Realschultagen in der gemeinsamen Heimatstadt Nürnberg, wo er als Redakteur bei der mehr als 100-jährigen Zeitung »Fränkischer Kurier« tätig war. Unvergeßlich sind mir die mutigen Artikel in den ersten Jahren des Dritten Reiches, die der damals noch junge Journalist gegen die Verfolgung jüdischer Mitbürger schrieb und sich damit die tödliche Feindschaft und Rache des nahezu allmächtigen NS-Gauleiters Julius Streicher zuzog. Auf persönliche Veranlassung Streichers wurde Haußleiter im Kriege zur Wehrmacht eingezogen und als Soldat an der Ostfront eingesetzt. In der Schlacht vor Moskau wurde er schwer verwundet.

Da er weder der NSDAP noch einer ihrer Gliederungen angehört hatte, war Haußleiter politisch unbelastet und konnte nach dem Kriege in der CSU rasch zum stellvertretenden Landesvorsitzenden avancieren. Sein politischer Aufstieg hätte sich mit aller Wahrscheinlichkeit noch weiter fortgesetzt, wäre er nicht mit dem CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer in einen schweren Meinungskonflikt über die Frage der Wiederbewaffnung Westdeutschlands geraten. Das von Haußleiter am 17. November 1984 in München eigenhändig unterschriebene Protokoll einer eidesstattlichen Erklärung berichtet darüber folgendes:

»1. Ich war im Sommer 1947 stellvertretender Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union (CSU) in Bayern und wurde zusammen mit anderen CDU/CSU-Politikern von der amerikanischen Besatzungsmacht zu einem Arbeitsessen nach Wiesbaden eingeladen.

2. Für die Autofahrt von Wiesbaden nach Königstein i. Taunus — wo eine CDU/CSU-Vorstandssitzung stattfand — lud der damalige Vorsitzende der CDU in der britischen Besatzungszone, Dr. Konrad Adenauer, mich und das Gründungsmitglied der CSU, den Würzburger Universitätsprofessor Dr. Ulrich Noack, in seinen Wagen ein.

3. Während dieser Fahrt kam es zu einer dramatischen politischen Diskussion. Dr. Adenauer erklärte wörtlich: ‚Der Krieg zwischen Amerika und Rußland ist unvermeidlich. Wir müssen dafür sorgen, auf der richtigen Seite dabei zu sein. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte werden wir die stärkste Weltmacht als Verbündeten haben. Wir werden zwar im Westen etwas Land abtreten müssen, aber wir werden dafür im Osten große Gebiete hinzubekommen.‘

4. Ich habe sofort gegen diese Äußerungen protestiert und erklärt: ‚Herr Adenauer, wenn Sie so weiterreden, steige ich aus. Ich bin als Soldat den halben Weg bis Moskau mitmarschiert und möchte das nicht noch einmal machen.‘

5. Das allererste Aufrüstungsgespräch nach 1945 fand im August 1949 als Sandkastenspiel mit den Generalen Speidel und Heusinger auf Schloß Laupheim in Württemberg statt. Der spätere Staatssekretär Dr. Otto Lenz (die ‚rechte Hand Adenauers) vertrat dabei die Position einer deutschen Aufrüstung. Ich nahm die entgegengesetzte Position ein. Die Erkenntnis von Adenauers Plänen war für mich der Grund, in den ersten Septembertagen 1949 meinen Austritt aus der CSU zu erklären.

(gez.) August Haußleiter«

Ich hatte eine sinngemäße Version dieses bedeutsamen Zwischenfalls schon Jahre vorher in der von Dr. Ulrich Noack — dem zweiten Ohrenzeugen neben Haußleiter — herausgegebenen Wochenzeitung »Welt ohne Krieg« gelesen.

Selbstverständlich war mit der Wahl Adenauers zum Bundeskanzler (mit dessen eigener Stimme) die große politische Karriere Haußleiters zu Ende. Durch Gründung der »Deutschen Gemeinschaft« im Jahre 1949 (die später in »Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher — AUD« umbenannt wurde) versuchte er zwar, im Bunde mit der deutschen Neutralitätsbewegung der drohenden Fehlentwicklung zur endgültigen Spaltung Deutschlands entgegenzuwirken, konnte jedoch nach dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO im Jahre 1955 an den vollzogenen Tatsachen nichts mehr ändern. Ein letzter Versuch, durch programmatische Beratung der Anfang der 80er Jahre entstehenden Ökologiebewegung (welcher Haußleiter den Namen »Die Grünen« gab) eine neue Deutschland- und Wiedervereinigungspolitik einzuleiten, scheiterte an dem politischen Unverstand der Grünen. 1986 nochmals in den bayerischen Landtag gewählt, konnte er wegen schwerer Erkrankung das Parlament als Alterpräsident nicht mehr eröffnen und zog sich danach auch aus der Tagespolitik zurück.

Haußleiter war ein untadeliger deutscher Patriot, aber jedem Chauvinismus abhold, ein streitbarer fränkischer Protestant, aber gleichwohl der religiösen Aussöhnung und der Völkerverständigung aufgeschlossen. Mit großer journalistischer Leidenschaft setzte er sich in zahllosen Leitartikeln gegen die Aufrüstung der beiden deutschen Teilstaaten und gegen die strategische Verurteilung Deutschlands zum Schlachtfeld eines künftigen Atomkrieges ein. Statt dessen unterstützte er vernünftige Wege zur internationalen Abrüstung und zu einer europoäischen Friedensordnung.

Seine Leitartikel in der von ihm gegründeten und herausgegebenen Wochenzeitung »Die Unabhängigen« sagten in ebenso dramatischer wie eindrucksvoller Sprache künftige Ereignisse mit geradezu unheimlicher Vision voraus. Wenn in der Gegenwart zwar noch das biblische Sprichwort auch auf Haußleiter zutreffen mag, wonach der Prophet im eigenen Land nichts gilt, so deuten neue Entwicklungen in Osteuropa doch darauf hin, daß sein Name in der Geschichtsschreibung ehrenvoll genannt werden wird, wenn andere — heute in Bonn noch hochgejubelt — längst im politischen Orkus verschwunden sind. Die Idee eines freien und unabhängigen, militärisch neutralen Deutschland, welcher August Haußleiter ein Menschenleben lang mit ganzer Seele verpflichtet war, wird alle Totschweigeversuche überdauern.





Peter Bahn

Satanische Verse — satanische Antworten?

Zivilisationskritische Nachbetrachtungen zum Fall Rushdie

Als ich erste Berichte über Salman Rushdies »Satanic Verse« in der »BILD«-Zeitung für gelehrte Stände, einem bekannten Hamburger Nachrichtenmagazin, las, hatte ich sie nach ein paar Minuten wieder vergessen. So ist das eben: Aus der Flut hereinbrechender Informationen filtert man das scheinbar Wesentliche heraus, nimmt es vorläufig auf und überläßt es dann dem Gedächtnis, eine zweite Selektion, die Entscheidung zwischen Merken und Vergessen, vorzunehmen. Ein fast schon unbewußter, ein automatischer Vorgang. Und das, was in Herrn Augsteins Blatt über das neue Buch des indischstämmigen britischen Autors und die Proteste von Moslems in London und Bradfort zu lesen war, erschien dem Gedächtnis als nur einer unter vielen gleichartigen Vorgängen, die seit Jahren überall in der Welt Gemüter bewegen, nicht weiter wert, im Detail memoriert zu werden. Ein Herr Rushdie hatte ein Buch geschrieben, in dem er — nicht nur, aber auch — eine der großen Weltreligionen, den Islam, persiflierte und beleidigte. Einzelne Passagen des Werkes zielten, so konnte man ersten Rezensionen entnehmen, nicht nur einfach auf die religiöse Würde der Moslems, sie taten dies vielmehr gerade dadurch, daß sie dem Islam sprichwörtlich an die Wäsche, unter die Gürtellinie gingen. Aber ähnliches war man doch gewohnt: die umstrittenen Jesus-Filme Achternbuschs oder — noch aktueller — Scorceses lösten mit gewissen Stil- und Handlungselementen Proteste gläubiger Christen aus. In den USA kämpfen seit Jahren Ultrareligiöse für die Verbannung der »gotteslästerlichen« Evolutionstheorie aus dem Biologieunterricht der öffentlichen Schulen. In Jerusalem und Tel Aviv werden religiös indifferente Juden von ihren



Anti-Rushdie-Demonstration in Teheran

orthodoxen Mitbürgern mit Steinregen eingedeckt, wenn sie sich am Sabbat in bestimmten Vierteln auf der Straße zeigen. Kurzum: überall auf der Welt fühlen sich bestimmte Anhänger bestimmter Religionen durch bestimmte Worte und Handlungen anderer in ihren religiösen Gefühlen beeinträchtigt und reagieren darauf mit — zum Teil recht handfestem — Protest. Der Fall Rushdie schien zunächst nur eine Facette in diesem Bild zu sein, ein Fall unter vielen. Schien zu sein — bis ...

Ja, bis auf die »Satanischen Verse« eine Antwort aus Teheran kam, eine Antwort, die tatsächlich satanisch wirkte: der Mordaufruf der iranischen Führung gegen den »Ketzer« Rushdie, verbunden mit einer als Anreiz potentieller Exekutoren gedachten stattlichen Kopfprämie. Nun war Rushdie ganz plötzlich nicht mehr einer unter vielen kleinen Lästerern, von nun an war er viel mehr: schlagartig weltbekannter Autor, Objekt hektischer diplomatischer Aktivitäten, Empfänger zahlloser Solidaritätsbekundungen und Figur des Mitleids aller »Humanisten« und sich für humanistisch Haltenden.

Und in der Tat: war der Teheraner Mordbefehl nicht Ausdruck finstersten mittelalterlichen Faustrechts? War er nicht der Beweis für den zivilisationsfeindlichen Charakter der Islamischen Republik Iran, der endgültige Beleg für den an Wahnsinn grenzenden religiösen Fanatismus ihrer Führung? Mußten sich nicht alle, die selbst geistig arbeiten, nun wie ein Mann hinter Rushdie stellen und mit aller Entschiedenheit den unglaubli-

chen Angriff der Ajatollahs auf die Meinungs- und Gewissensfreiheit des Autors zurückweisen?

»Frei sei der Geist und ohne Zwang der Glaube«, postulierten religiöse Reformer in der deutschen Revolution von 1848. Entweder man kann glauben, oder man kann es nicht, das ist eine Binsenweisheit. Vieles kann erzwungen werden — Glaube nicht. Und umgekehrt: Wo Glaube fest ist, stark und aus dem kommend, für das wir nur den verschwommenen Begriff der »Seele« haben, da läßt er sich von keinem Achternbusch und keinem Rushdie erschüttern, da besteht er weiter, so begründet oder unbegründet er angesichts der Welt und ihrer Wirklichkeit auch immer sein mag, spendet Trost, Sinn und Hoffnung für den, der ihn hat.

Andererseits: man mag Rushdie für geschmacklos halten, man mag ihn der Verwestlichung oder der falschen



Verarbeitung individueller Erfahrungen mit dem Islam zeihen. Doch muß er hier in Europa (und das heißt: nach unserem Verständnis von Glaubensfreiheit) das Recht haben, »Satanische Verse« und ähnliches abzusondern und (so er einen Verleger findet) auch gedruckt zu werden. In der Verteidigung **dieses** Rechtes gebührt ihm gewiß Solidarität. Inwieweit ihm auch Identifikation gebührt, hat jeder mit sich selbst auszumachen: »Frei sei der Geist ...« Und kein Moslem kann gezwungen werden, solche Texte zu kaufen, zu lesen oder überhaupt nur zur Kenntnis zu nehmen.





Chicago Tribune

Zivilisation auf dem Vormarsch

Was aber unerträglich ist, das ist die selbstzufriedene Arroganz »liberaler« und »humanistischer« Geister im Westen, die den Fall Rushdies nutzen, um das in Jahrhunderten gewachsene (und nie unumstrittene) derzeitige europäisch-nordamerikanische Modell von »Zivilisation« als allein gültiges zu proklamieren und alle anderen Vorstellungen von Ethik und Moral (darunter vor allem die islamische) zu dämonisieren. Hätte die britische Regierung sich mit der entschiedenen (durchaus sogar mit Sanktionen verbundenen) Verwahrung gegen die Tatsache begnügt, daß eine ausländische Macht zur Ermordung eines Untertanen ihrer Majestät aufruft und sich damit in die inneren Angelegenheiten Großbritanniens einmischt — ihre Haltung wäre vorbildlich gewesen. Ein Staat hätte sein selbstverständliches Recht auf Schutz eines seiner Bürger und damit eine der ureigensten Aufgaben staatlicher Tätigkeit überhaupt wahrgenommen. Aber von dieser bilateralen, politischen Ebene wurde der Fall sofort in eine universelle und moralische Dimension gehoben, in eine Dimension, die der ideale Tummelplatz für die ethnozentristische Borniertheit einer weitverbreiteten Sorte von Intellektuellen ist: von Heuchlern, die ihre eigene, eingefleischte Intoleranz am liebsten dahinter verbergen, daß sie unter dem Schlagwort der Toleranz die Nivellierung alles Fremden erstreben. Die außerordentliche Fremdartigkeit, die der islamische Fundamentalismus für Europäer hat, fordert dabei besonders heraus. Ein Salman Rushdie und die in sich logische (aber auf europäischem Boden nicht tolerierbare) Reaktion eines Khomeini auf die »Satanischen Verse« sind ein willkommener Aufhänger, an dem sich die tatsächliche Fremdenfeindlichkeit, dieser ausgeprägte Vernichtungswille der bürgerlich-liberalen Intelligentsija, gegen alles aus ihrem Zivilisationsmodell Herausfallende festmachen kann.

Nicht ein Rushdie bedroht die Kultur des Islam — wie könnte er auch? Die Reaktion der Teheraner Führer auf sein Buch hat vielmehr weit stärkere Kräfte wachgerufen, denen es weniger um die zweifellos tragische Figur des in England schreibenden Inders, als um eine Demonstration universellen Gültigkeitsanspruchs der sogenannten »westlichen Werte« geht. Daß mehr als zwei Drittel der Weltbevölkerung nach ganz anderen Werten leben — genau das stört sie ja, von »taz« bis »FAZ«, von »Libération« bis »Figaro«, von »New York Times« bis »Washington Post«. Daß der Iran, ein sogenanntes »Entwicklungsland«, das zudem gerade einen Krieg verloren hat, es wagt, auf seinen eigenen Werten und einer eigenen (eben islamischen) Ethik zu beharren — das läßt ihn bei aller Fremdartigkeit in einer gewissen Weise sogar sympathisch erscheinen. Es bleibt nur zu hoffen, daß man die »westlichen Werte« nicht eines Tages über Teheran, Ghom und Täbris auf ähnliche Weise zu exekutieren versucht wie 1945 über Dresden, Hiroshima und Nagasaki oder 1973 über Hanoi und Haiphong. Diese Antwort wäre wirklich satanisch ...

JENAER AUFRUF

Gründungsmanifest des Bundes für ein demokratisches Deutschland

Europa ist im Aufbruch. Die Völker erkennen ihre Kraft, und die Diktaturen fallen. Hier von Jena aus, von der Wiege unserer demokratischen Ideale, wo schwarz-rot-goldene Farben zum ersten Male die Ideen eines demokratischen Deutschland beschworen haben, wenden wir uns an alle Deutschen demokratischer Gesinnung.

Laßt uns in dieser bewegenden Zeit der großen geistigen und demokratischen Traditionen unseres Volkes gerecht werden! In der Vielfalt freier Meinungsäußerung und im erneuerten humanistischen Geist wollen wir das Deutschland von morgen im Hause Europa bauen. Weil wir in der Mitte dieses Hauses leben, haben wir die stete Verpflichtung, durch eine neue Toleranz und Offenheit den Völkern Europas die Gewißheit zu geben, daß wir die Fehler der Vergangenheit nie mehr wiederholen.

Unterschiedliche Wege in der Folge des unseligen Krieges haben manchen geistigen und moralischen Maßstab zwischen uns, den Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland und in der Deutschen Demokratischen Republik, nicht mehr gleich erscheinen lassen. Dennoch sind wir eine Nation geblieben, die in diesen Tagen in einem unbeschreibbaren Aufbruch der Gefühle ihre Identität wiedererlangt.

Schon entzündet sich der politische Streit um die zukünftige Entwicklung der deutschen Nation. Was aber empfinden die Deutschen in Ost und West? Welche Ideen sind noch tragend? Wir rufen deshalb alle Deutschen demokratischer Verpflichtung auf, denen das nationale Selbstverständnis ein wichtiger Inhalt und ein Ziel ist, einen Bund für ein demokratisches Deutschland zu gründen.

Mit der Pflege, dem Austausch und der Beförderung kulturellen und politischen Gedankengutes gleich welcher Weltanschauung, aber auf dem Boden freiheitlicher Demokratie, will dieser Bund seinen unverzichtbaren Beitrag auch für ein geeintes Europa leisten. Diese ideelle Vereinigung steht allen offen, Arbeitern und Akademikern, Künstlern, Schülern, Lehrlingen und Studenten. Keine Ideologie, kein politisches Kalkül wird uns hindern, jetzt auf Dauer zu bekräftigen, was uns von jeher verbindet. Aber bestimmen wir unser nationales Selbstverständnis auch aus den heutigen politischen Realitäten und dem heutigen Selbstverständnis der Menschen. Ein solcher Bund lebt von dem Willen der Zusammengehörigkeit der Deutschen, ohne eine ihrer möglichen politischen Formen bestimmen zu wollen. Allein die Menschen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik können in freien Wahlen oder in einer gleichwertigen demokratischen Form entscheiden, ob eine Konföderation oder eine weitergehende Verbindung, wie die Vereinigung beider Staaten, hierfür der beste Ausdruck sind und auch gesamteuropäische Interessen gewahrt bleiben.

Deutsche in Ost und West! Die Gunst der Stunde verpflichtet uns zum verantwortungsvollen Handeln! Weder die Furcht vor der Vereinnahmung des kleineren durch den größeren deutschen Staat noch eine übereilte Vereinigungskampagne dienen uns wirklich.

Laßt uns vielmehr den Geist eines demokratischen Deutschland in ein zu vereinigendes Europa einbringen und dauerhaft mit der Tat fördern!

Wir erklären die Unverletzlichkeit aller Grenzen mit unseren Nachbarn, denen wir uns auf immer freundschaftlich verbunden fühlen. Gefahren für die Demokratie, gleichwohl sie rechts- oder linksradikalen Ursprungs sind, müssen wir gemeinsam begegnen. Jegliche Formen von Chauvinismus und nationalistischer Arroganz, die unser Volk in seine tragischen Verstrickungen geführt haben, müssen für immer der Vergangenheit angehören. Sollten wir es nicht endlich vermögen, nationales Selbstverständnis ganz ohne jeglichen Nationalismus zu erlangen? Ein Europa freier, gleichberechtigter Völker sei unsere Maxime.

Jenaer Studenten und Professoren haben den ersten Appell zur Demokratie an unsere Nation gerichtet. So zogen am 18. Oktober 1817 Studenten und Professoren deutscher Universitäten auf die Wartburg und bekannten sich unter der schwarz-rot-goldenen Fahne zu Freiheit und Demokratie. Dort beschworen sie auch die Freiheit der anderen Völker Europas von der Reaktion. »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!« Es waren die Ideen der Französischen Revolution, die unter den Studenten des Wartburg-Festes lebendig geblieben waren. Fichtes »Reden an die deutsche Nation« und sein Jenaer Bekenntnis: »Denn das Volk ist in der Tat und nach dem Rechte die höchste Gewalt, über die keine geht!« fanden an diesem Tage ihren unüberhörbaren Widerhall. Laßt uns nun im nächsten Jahr am 8. Mai, dem 45. Jahrestag des Endes einer unseligen Diktatur, zum zweiten Mal gemeinam auf die Wartburg ziehen und einen solchen Bund dauerhaft bekräftigen.

In dem historischen Mut der Hunderttausende von Leipzig und anderswo ist der demokratische Enthusiasmus des Wartburgfestes in einer neuen Art sichtbar geworden. So brauchen wir heute sicher keine deutschtümelnden Biedermeier mehr.

Die Wartburg in der Mitte beider deutscher Staaten muß wieder ein Symbol der guten Tradition des deutschen Volkes werden. Aber die Wartburg steht auch inmitten Europas. Nur im großen Atem europäischen Geistes und der europäischen Kultur können wir unser wahres Selbstverständnis finden. Wir sind ein Teil davon, aus ihnen entstanden und ohne sie undenkbar. Bereiten wir unseren Weg in die Gemeinschaft der europäischen Völker in diesem Bewußtsein vor. Rufen wir deshalb die Jugend Europas auf, mit uns an diesem Tage im Geiste der europäischen Demokratien eine neue Zeit zu beginnen. »Unser menschliches Jahrhundert herbeizuführen, haben sich alle vorhergehenden Zeitalter angestrengt. Unser sind alle Schätze, welche Fleiß und Genie, Vernunft und Erfahrung im langen Alter der Welt endlich heimgebracht haben.« Das ist das verpflichtende Vermächtnis Friedrich Schillers, des Namenspatrons der Jenaer Universität, aus seiner Antrittsrede. Wahren wir diese Chance und erneuern wir auch das demokratische Selbstverständnis unseres Volkes an der Schwelle zum neuen Jahrtausend.

Laßt uns das zweite Wartburgfest durch einen solchen geistigen Aufbruch vorbereiten, durch Korrespondenzen, durch freundliches Begegnen, durch programmatische Abstimmungen. Verständigen wir uns zur Gemeinsamkeit der Ideen und des Handelns zwischen Ost und West. Wir geben dazu Thesen und hoffen auf Antwort.

Auch heute sind die Alltagsprobleme jedes Einzelnen nicht unabhängig von den Gefühlen einer historisch begründeten Solidarität und der Wiederentdeckung gemeinsamer geistiger Werte. Was führt uns aber davon in die Zukunft und was hat die Zeit überholt? Das sollte am 8. Mai 1990 gefragt und beantwortet werden. Wir wollen mit an einem modernen Europa bauen!

Die Jenaer Professoren — Jena, am 12. Dezember 1989
Ulrich Zwiener
Dietfried Jorke
und die Studenten
Ekkehard Seeliger
Tom Röthel



Sieghard Pohl: »Glotzt nicht so romantisch!« (1962). Tempera, 59 x 43 cm.

Sieghard Pohl

Deutsch-deutsches Kulturabkommen — eine Sackgasse für ehemalige DDR-Künstler und -Kunstwissenschaftler?

Die Obrigkeiten beider deutschen Staaten haben sich aneinander gewöhnt. Sie muten sich nur noch das zu, was zu keinen Veränderungen führt. Kein Neuland wird betreten, der Innovationsstillstand wird als Erfolg verkauft.

Der andere deutsche Staat, die DDR, wurschtelt ungeschoren weiter, kann so besser Gorbatschows Glasnost umgehen. Für Menschen im anderen Teil Deutschlands, die auf Veränderungen drängen, die die dogmatische Herrschaft greiser Spätstalinisten demokratisieren wollen, ist eine solche westliche Verständnishaltung der DDR-Führung gegenüber kaum hilfreich, zumal sie im staatstragenden Zusammenspiel der Herren in Ost und West beiderseits als »Störenfriede« gelten. So bekunden viele ehemaligen DDR-Häftlinge, daß von ihnen angerufene Verwaltungsgerichte im Westen politische Strafurteile, die DDR-Richterkollegen gegen DDR-Bürger fällten, hier als rechtens anerkennen.

Solche betroffenen DDR-Häftlinge — so steht in Ablehnung zu lesen — seien selber schuld, sie hätten sich ihrem Staat gegenüber »leichtsinnig, herausfordernd, unüberlegt, ohne Wert« verhalten. Ihr »Handeln sei kein politischer Widerstand« gewesen! Sie hätten sich mehr anpassen müssen. Was damals rechtens war, kann heute nicht unrecht sein! Ich habe mir diesen brisanten Satz von einst gut gemerkt!

Im Jahre 1988 haben der Minister des Staatssicherheitsdienstes Armeegeneral Erich Mielke, Willi Brandt und Eberhard Diepgen auf einer Ehrentribüne in Ost-Berlin Platz genommen und schauten unbekümmert einem gesamtdeutschen Fußballspiel zu. Das macht nachdenklich, mit wem man sich öffentlich zeigt. In der offiziellen Sprache heißt das allerdings »Abbau von Feindbildern«.

Das sind Klimaänderungen, die Übersiedler und Ausgewiesene einkalkulieren müssen, wollen sie nicht hier in diesem Land erfrieren; sie haben Wirkungen auf Künstler, die ihren

Neuanfang in der Bundesrepublik suchen.

Gleich unter Gleichen zu sein in ihren künstlerischen Wirkungen, nach Ost und West, erstreben sie. Doch erhebliche Unebenheiten in der Kulturpolitik zwischen der Bundesrepublik und der DDR behindern sie. Ich verweise da auf das kürzlich ausgehandelte Kulturabkommen zwischen beiden Staaten, das in Teilbereichen ein echter Fortschritt ist, auf anderen Gebieten jedoch (Gegenwartskunst in der BRD/DDR) gegen ehemalige Künstler aus der DDR (aller Sparten) restriktiv angewendet wird. Von der DDR-Seite geforderten Ausgrenzungen werden auf westdeutscher Seite sehr oft entsprochen, um gewisse Veranstaltungen, Ausstellungen nicht zu gefährden. Man befürchtet auf beiden Seiten, daß Wahrheiten zur Sprache kommen, die nicht ins politische Konzept passen.

Die DDR-Funktionäre haben einen Menschen zweiter Klasse geschaffen: den ehemaligen DDR-Bewohner. Eine Art Rassismus tut sich da auf, einer, der nicht die Hautfarbe bestraft, sondern andere Denkweisen und Haltungen, Abtrünnige aus ihrem Machtbereich.
Es gibt viele Beispiele, die einen Trend andeuten, daß staatliche wie private Kulturinstitutionen hier im Westen ausgebürgerte Künstler aus dem anderen deutschen Staat zugunsten von DDR-Forderungen benachteiligten; daran beteiligt sind Parteien, Verlage, Funk und Fernsehen, Galerien, Gremien, die deutsch-deutsche Ausstellungsprojekte betreuen.

West-Fernsehanstalten haben ihre Talkshows, ab und an ihre zweistaatlichen Deutschstunden. Als Belehrungspersonal für festgefügte Meinungen zaubern sie aus ihrem Kasten immer dieselben handverlesenen »Vorzeigeherren« aus Ost und West. Diese Expertenriegen, meistens Ansammlungen eitler, selbstgerechter Männer (Frauen halten sich wohltuend zurück) sind besonders langweilig in ihren telegenen Selbstdarstellungen, da sie sich ständig bemühen, weise zu wirken und Übereinstimmung zu zeigen. Übrigens direkt Betroffene kommen fast nie zu Wort. Selbst als Minderheit sind sie nicht eingeladen.

Alle »ungehörigen Behauptungen«, ein solcher Ausgrenzungstrend sei angebrochen, bedürfen daher beweiskräftiger Beispiele.

Beispiel 1: Die Veranstalter eines Workshops mit 16 ehemaligen DDR-Malern in Vlotho und Willebadessen 1987 baten Frau Karin Thomas, Lektorin beim Verlag DuMont, durch Bücher über DDR-Kunst hier im Westen als Expertin ausgewiesen, ohne Auflagen hier in Willebadessen ein Referat zu halten. Frau Thomas findet meinen Namen auf der Teilnehmerliste, lehnt daraufhin ihre Teilnehme ab mit der Begründung, ich sei in der CSU und darum rede sie mit mir nicht. Feindbild fertig! Wahr ist, daß ich keiner Partei angehöre, schon gar nicht der CSU, und wenn es so wäre, welches Toleranzverhalten liegt da vor?

Beispiel 2: Im Vorfeld der Planung zu dieser Veranstaltung in Willebadessen/Vlotho war selbst der Geldgeber verunsichert. Einem Beamten stand wieder das jüngst geschlossene Kulturabkommen im Wege. Ob nicht eine Verärgerung der DDR zu erwarten sei; ob dieser Workshop mit anschließender Ausstellung nicht ein Verstoß gegen das Abkommen sei? Die Veranstalter haben diese Bedenken gleich abgeblockt.

Beispiel 3: Welche tauben Blüten unterentwickelte Souveränität hervorbringen kann, zeigt die Politposse bei der Installierung des Skulpturenboulevards 1987 in West-Berlin. In Verantwortung waren da der CDU-Senat und der veranstaltende Neue Berliner Kunstverein (NBK), die ein geplantes Projekt des US-amerikanischen Ehepaares Kienholz zu Fall brachten. Der Tagesspiegel berichtete am 2.4.87 und 22.4.87 (Auszüge):

»In einer gestern verbreiteten Stellungnahme zeigten sich die Künstler befremdet über politische Ablehnung eines Plans, der doch zunächst die Unterstützung der ‚höchsten Berliner Behörden' gefunden habe. Wie berichtet, sollten ursprünglich zwei 40 Meter hohe Kräne in den Farben der deutschen Flagge einen symbolischen Kampf ausführen. Sie wären dabei rund eine Woche lang acht Stunden täglich von Kranführern bewegt worden, die für die fortdauernde gegenseitige Zerstörung aufgeblasener Kondome hätten sorgen sollen. Dabei haben die Künstler sowohl an globale Kontroversen wie an innerdeutsche Spannungen gedacht. Jetzt sind sie enttäuscht. Zum einen, weil man ihnen einen Rücktritt von ihrem Entwurf für den Skulpturenboulevard in den Mund gelegt hat, den sie so nie ausgesprochen haben. ‚Wir haben den Entwurf nicht zurückgezogen. Wir würden allerdings nie etwas tun, was Berlin schaden könnte. Man hat uns gesagt, Honecker könnte verärgert sein über das Gleichnis, das wir vier Wochen lang auf dem Kurfürstendamm zeigen wollten, zwei Menschen, die sich mit Ballons auf einem haushohen Kran bekriegen. Nun gut, das hätten wir eingesehen, aber inzwischen glaube ich an keinen Honecker-Protest. Die Veranstalter hat der Mut verlassen. Ein Computer habe versagt, hat man uns ferner weisgemacht, und jetzt sei es zu spät für die Vorbereitungen. Dabei hatten wir bereits einiges vorbereitet, unter anderem sitzen wir nun auf zwei Telegrafenstangen und einer Menge von Gummihaut. Ich lege übrigens wert auf die Feststellung, daß die Ballons nie als ‚Kondome' gedacht waren. Und nie eine sexuelle Bedeutung hatten. Wir wollten nur ein widerstandsfähiges Material benutzen, und das war es.«

Beispiel 4: In einer ZDF-Talkshow »Atelier 4« im Vorfeld des Honecker-Besuches in der BRD 1987 ging es unter anderem um die Frage »Wozu ein Kulturabkommen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland«. Live is live. Geladen hatte man neben Günter Gaus (ein immer wieder bewährter Vorzeigeexperte) auch Hans-Peter Minetti, Mitglied des ZK der SED, Präsident der Theaterschaffenden der DDR, dazu 2 DDR-Emigranten, den Lyriker Sascha Anderson und den Maler A.R. Penck. H.P. Minetti verwahrte sich kurz vor Sendebeginn in einem Anfall von Ausgrenzungsneurose gegen die Teilnahme der beiden Exilanten. Mit ihnen setze er sich nicht an einen Tisch. Am Ende einigten sich Veranstalter und H.P. Minetti (heimlich, versteht sich), daß die beiden Abgelehnten sonderbehandelt an einem Sondertisch zu plazieren seien, also beide von der Kamera mit Minetti nicht »gesamtdeutsch« erfaßt werden konnten. Die so Ausgegrenzten blieben unter sich. Keine Fragen, keine Antworten von Tisch zu Tisch. Am Ende hatten die Sonderbehandelten noch verbale Beleidigungen durch einen Mitarbeiter des ZDF zu ertragen.

Beispiel 5: Tatort Bundesrepublik. Anläßlich der Unterzeichnung der Städtepartnerschaft Erlangen-Jena reiste eine offizielle DDR-Delegation an die Lahn. Die im Stadtparlament vertretenen Grünen luden den ehemaligen Jenaer Friedensaktivisten Aktionskünstler Roland Jahn ein, im Erlanger Rathaus bei der geplanten feierlichen Unterzeichnung anwesend zu sein.

Die Oberen der Stadtbehörde Er-



Sieghard Pohl: »Blick in ein befreites Land«

langens so ist anzunehmen, oder anwesende Staatsicherheitsleute der DDR — die reisen ja immer mit — taten das der Jenaer Delegation kund. Diese verbaten sich unter Androhung der Abreise die Anwesenheit des corpus delicti Roland Jahn. Es geschah das Unwirkliche. Ausgeborgte, handfeste Westherren verrichteten Stasidienst und verhinderten handgreiflich, daß R. Jahn den Festsaal betreten konnte. Jahn, früher häufig in der DDR von der Sicherheit kontaktiert, berichtete später, daß die Westherren in ihrem Habitus nahtlos den einschlägig bekannten Ostherren geglichen hätten. Austauschprogramm!

Marginalie: Beim Besuch Erich Honeckers 1987 wurden ehemalige DDR-Bürger von Behörden des Saarlandes in Vorbeugehaft genommen, um den Besuch des Staatsvorsitzenden in Wiebelskirchen störfrei zu halten!

Beispiel 6: Die Duisburger Akzente 1987 machen Furore! 800 mitwirkende DDR-Künstler dienten der Friedensbewegung, ließ der extra angereiste Kulturminister der anderen deutschen Republik Hofmann vernehmen. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau sprach von einer Brückenfunktion. Sein Bundesland wolle künftig Schrittmacher beim deutsch-deutschen Kulturaustausch sein.

Die Stadt Gelsenkirchen, in Nordrhein-Westfalen gelegen, hatte kürzlich den Landschaftsmaler Karl-Heinrich Kluge aus Zingst mit einer Ausstellung ehren wollen. Kluge wurde vor 72 Jahren in Gelsenkirchen geboren, lebt aber seit Kriegsende in der DDR. Einzelausstellungen, Beteiligungen an offiziellen DDR-Exhibitionen wurden ihm jedoch versagt. So wäre er in seinem Lande weiterhin ein unbeachteter Künstler geblieben, wenn nicht die Einladung aus Gelsenkirchen gekommen wäre. Kluge bemühte sich also beim zuständigen Rat des Kreises um eine Ausstellungsgenehmigung. Die Behörde schickte sogleich eine Gruppe interessierter Herren in sein Atelier. Die betrachteten seine Arbeiten, verabschiedeten sich unentschlossen, um bald ein weiteres Mal aufzukreuzen. Nun ließ man den Maler wissen, daß das Kultusministerium der DDR die Auswahl der Künstler treffe, die die DDR im kapitalistischen Ausland, sprich BRD, repräsentieren.

Unbefangen entgegnete der alte Herr, daß er gar nicht die Absicht habe, die DDR in Gelsenkirchen künstlerisch zu vertreten oder gar zu repräsentieren, sondern daß er nur persönlich in seiner Geburtsstadt ausstellen möchte. Die einsilbig gewordenen Herren verließen sein Atelier. Einige Tage später ließ man Kluge mündlich wissen, daß man das Ausstellungsvorhaben in Gelsenkirchen untersage.

Gilt der Kulturaustausch nur für devisenträchtige staatsgenehme Künstler? Konnte Herr Ministerpräsident Rau in diesem Falle keine Brükken bauen?

Beispiel 7: Der an Geschäften mit der DDR hochinteressierte West-Berliner Galerist Dieter Brusberg ist einer der drei Veranstalter der Ausstellung »Zeitvergleich 88«. 13 Maler aus der DDR im Rahmen der 38 Berliner Festwochen 88. Es ist zu bedauern, daß der Mitveranstalter Brusberg kein unabhängig urteilender Kunstsachverständiger ist. Sein kommerzielles Interesse an Verkäufen DDR-offizieller Kunst an westliche Kunstkäufer wird schließlich mit dem staatlichen Kunsthandel der DDR abgewickelt. Über ihn vertritt er seine erfolgreichen DDR-Künstler in West-Berlin/BRD. Die vom Senat und anderen Förderern für dieses Ausstellungsprojekt zur Verfügung gestellte Summe (direkte Ausstellungskosten betragen ca. 523.000 DM) kommt so zum Teil den persönlichen Geschäftsinteressen des Herrn Brusberg zugute. Seine durchaus auch eigennützige Auswahlkriterien decken sich doch wohl größtenteils mit denen des staatlichen Kunsthandels der DDR, wie auch anders! Das zeigt auch der opulente Katalog, in dem sich die Galerie Brusberg teilweise werbewirksam einbringen kann (ohne eigene Kosten, versteht sich).

Der Galerist Brusberg hat seinen Lesern auch im Katalog etwas zu sagen (Katalog: Zeitvergleich 88, 13 Ma-



***Sieghard Pohl:** Dreiteiliger Flügelalter*

ler der DDR, Neues Kunstquartier im T.I.P. Westberlin, S. 11 bis 13):

»Der Blick über die Mauer in die andere Hälfte der Stadt fällt manchem immer noch schwer. Dabei ist nichts simpler als die Einsicht, daß Europa an dieser Mauer nicht aufhört. Und daß wir heute Bilder vergleichen können, hier wie dort, ist zuerst den Künstlern zu danken, die ausgeharrt haben, befruchtende Nachbarschaft für vorstellbar und unablässiges Mühen um die Freiheit der Kunst für unverzichtbar halten: wohl wissend, daß Kunst und Künstler nie gänzlich frei waren und sind - nicht hier und nicht dort. Wissend zudem, daß Kunst und Künstlern eine Freiheit ohne Widerstand auch kaum bekömmlich wäre. (Aktuelle) wirtschaftliche Zwänge und Versuchungen des Marktes sind zudem — im Ergebnis — für die große Zahl derer, die ihnen erliegen, nicht weniger verheerend als (zurückliegende) Repressionen im geistigen und politischen Bereich.«

Da bedankt sich Brusberg bei den Künstlern, die ausgeharrt haben (um welche Ausharrer es sich da handelt, sagt er uns nicht). Doch welchen Satz hat er für die übrig, die von den Machthabern in ihrem künstlerischen Sein zertreten wurden, die aus der Heimat gehen mußten, die aus den Annalen der DDR-Kunstgeschichte amtlicherseits gestrichen wurden? Brusberg kennt viele der Ausgestoßenen. Übrigens ein Versucher des Marktes ist Bursberg allemal! Dann noch im weiteren Text das verheerende, in Klammern gesetze Wort »zurückliegende«: Brusberg will uns damit wider besseres Wissen weismachen, daß es nun in der DDR in Sachen Kunst keine Pressionen mehr gebe.

Das ist verständlich, wenn man weiß, mit welchem zweiten Mitveranstalter Herr Brusberg da zusammenarbeitet. Es ist der Generaldirektor des staatlichen Kunsthandels der DDR Horst Weiß. Dieser von der DDR-Führung eingesetzte Devisenschaffer — auf diesem Gebiet erfolgreich — ist bei allen DDR-Künstlern unbeliebt. Selbst der damalige Verbandspräsident Willi Sitte (VBK der DDR) wollte ihn in den 70er Jahren nicht mehr in der Verbandsspitze etabliert sehen. Frühzeitig beteiligte sich Horst Weiß 1951 in der »Jungen Welt« (Zentralorgan der »Freien Deutschen Jugend« bis heute) an der konzertierten Hatz gegen den antifaschistischen Künstler Horst Strempel, der gerade sein Wandgemälde in der Friedrichstraße in Ost-Berlin fertiggestellt hatte. In seinem Artikel spricht er sich gegen die formalistische Malweise aus, verlangt die Entfernung des Wandbildes, fordert die Kontrolle durch die Werktätigen bei künstlerischen Entwürfen, will, daß Strempel (wenn er es auch nicht direkt ausspricht) der Auftrag entzogen wird und dafür ein junges Künstlerkollektiv den »neuen Menschen« darstellen soll. Der stalinistische Text spricht für sich.

Horst Strempel mußte kurze Zeit später um Leib und Leben fürchtend (das hat er mir persönlich noch zu seinen Lebzeiten gesagt) in den Westteil der Stadt flüchten. Hier allerdings, im damaligen West-Berlin wurde er auch nicht gerade menschlich behandelt. Das Wandbild wurde auf staatlichen Befehl bald darauf zerstört.

So erfolgreich Horst Weiß damals war, so wenig nachdenklich haben ihn später seine Fehlleistungen gemacht. Mitte der 60er Jahre, in der hohen Zeit des »Bitterfelder Weges«, betätigte sich Horst Weiß als staatlich anerkannter Zensor. So ließ er einen Beitrag des DDR-Kunsthistorikers Günter Feist, der in der Zeitschrift »Bildende Kunst« (Berlin DDR) 1964 erscheinen sollte, einstampfen.

Der 3. verantwortliche Veranstalter ist Ulrich Eckhardt als Intendant der 38. Berliner Festwochen '88, der sich nun seinen langgehegten Wunsch, eine offizielle DDR-Kunstausstellung in West-Berlin durchzuführen erfüllen konnte: Aber er und andere Verantwortliche müssen sich vorwerfen lassen, an der Ausgrenzung von ehemaligen DDR-Kunsthistorikern mitgewirkt zu haben.

Die Erarbeitung des Kataloges verdient eine besondere Betrachtung. Die Beiträge wirken in der Mehrzahl eher verschleiernd denn erhellend. Vielen Texten merkt man an, daß sie von mehr oder weniger wohlwollenden Außenbetrachtern verfaßt worden sind, die wenig Bezug zum inneren Kulturgefüge der DDR mit ihrem ideologischen Anspruch haben. Diesem Umstand wollte wohl der West-Berliner Kunsthistoriker Eckhardt Gillen abhelfen, denn er schlug dem Veranstalter folgerichtig vor, drei profunde Kenner der DDR-Kunstszene an diesem Katalog mit Beiträgen zu Wort kommen zu lassen. Die drei unlängst aus der DDR übergesiedelten Kunsthistoriker Dr. Diether Schmidt, Ursula Feist und Günter Feist sagten zu und begannen teilweise mit ihrer Arbeit. Jetzt sträubten sich die DDR-Offiziellen mit Horst Weiß als Mitveranstalter, nachdem sie davon in Kenntnis gesetzt wurden, eine solche Mitwirkung zuzulassen, und verweigerten jede Mitarbeit der ehemaligen DDR-Kunsthistoriker. Darüberhinaus verlangten sie, daß ihnen Konzeption und alle Textbeiträge zu diesem in West-Berliner Regie zu gestaltenden Kataloges zur Billigung vorgelegt werden müssen. Für Horst Weiß eine besondere Genugtuung, hatte er doch schon einmal, allerdings damals noch in der DDR, einen Beitrag von Günter Feist verbieten können; diesmal gelang ihm gleiches sogar in West-Berlin.

Der so düpierte Günter Feist hat sich nicht entmutigen lassen und seine begonnene Arbeit zusammen mit Eckhart Gillen zu Ende geführt. Außerhalb der Berliner Festwochen 88, also bisher auch ohne diese Fördermittel, erschien im Verlag Dirk Nishan, Museumspädagogischer Dienst Berlin, sein abgelehnter, nun zu einem Buch erweiterte Beitrag mit Daten und Zitaten zur Kunst und Kunstpolitik der DDR 1945-88. »Stationen eines Weges« lautet der Titel.

Bedauerlich ist, daß die eigentlich erstrebenswerde deutsch-deutsche Zusammenarbeit durch solche Verhaltensweisen ins Gegenteil verkehrt wird. Wenn Verantwortliche in der Bundesrepublik und West-Berlin Feindbilder, die in der DDR ausgebrütet werden, verinnerlichen und sogar übernehmen und so im Sinne der DDR ihre Ausgrenzungspolitik unterstützen, sind die Erfolgsmeldungen über eine verantwortungsvolle deutsch-deutsche Zusammenarbeit das Papier nicht wert, worauf sie gedruckt sind.

Veränderungen im Sinne Gorbatschow'scher Vorstellungen werden so von westlicher Seite unterlaufen, stärken sie doch nur die Betonriege in der DDR, die wichtige Reformen verhindern will.

Anmerkung: Dieser hier von mir nur geringfügig abgeänderte Artikel sollte als Auftragsarbeit im deutschlandpolitischen Magazin »deutsche studien«, Lüneburg, Anfang Januar 1989 erscheinen. Die verantwortlichen Herren verweigerten den Abdruck eben aus deutschlandpoltischen Gründen. Ist Glasnost etwa schon in der Bundesrepublik nötig?

Ein Abo kommt überall hin!

Bestellschein:

wir selbst

Hiermit bestelle ich WIR SELBST. WIR SELBST erscheint sechsmal im Jahr. Ein Jahresabonnement kostet DM 33,— (6 Hefte á 5,— + DM 3,— Portokosten). Schüler (mit Bescheinigung der Schule) erhalten sechs Nummern für DM 20,—.

Sollte ich WIR SELBST nicht mehr lesen wollen, kann ich drei Monate vor Ablauf eines Kalenderjahres kündigen.

Name ....

Vorname ....

Straße/Nr. ....

PLZ/Wohnort ....

Datum/Unterschrift ....

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Vereinbarung innerhalb einer Woche (Poststempel entscheidet) schriftlich widerrufen kann. Die Abobestellung ist nur gültig, wenn Sie diese Vertrauensgarantie ebenfalls unterschrieben haben.

....

Datum/Unterschrift

Gewünschte Zahlungsweise für WIR SELBST (bitte ankreuzen)

☐ bequem und bargeldlos durch Bankeinzug:
Bankleitzahl ....
Kontonummer ....
Geldinstitut ....

☐ gegen Rechnung

☐ liegt als Scheck bei.



....

Datum/Unterschrift